

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 38. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 13. September 2023
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.40 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz René Amstutz, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung (entschuldigt)
Jesse van Rijswijk, Leiter-Stv. Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist
Faye Studer, Volontärin

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Alex Beer, Mehmet Can, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Niklaus Morat, Anne-Sophie Metz, Martin Münch, Urs Pozivil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Louis Seifried, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Lea van der Merwe, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf

Entschuldigt: Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22
18.10 Uhr 34 Anwesende = 23
18.40 Uhr 36 Anwesende = 24
18.50 Uhr 37 Anwesende = 25
18.55 Uhr 38 Anwesende = 26
19.20 Uhr 39 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Evelyne Roth, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Louis Seifried Geschäft 4685
2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Bauwesen und Umwelt**, anstelle der zurückgetretenen Evelyne Roth, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Louis Seifried Geschäft 4686
3. Bericht des Gemeinderates vom 22.3.2023, betreffend **Versorgungskonzept Alter der Versorgungsregion Allschwil – Binningen – Schönenbuch (ABS)**, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 21.5.2023, und Beantwortung zum Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 1.4.2019, betreffend **Überarbeitung Alterskonzept Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4447B / C
Geschäft 4436 / B
4. Bericht des Gemeinderates vom 11.1.2023, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 25.4.2023, betreffend **Reglement über den Fonds von Infrastrukturbeiträgen aus Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4601 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 9.8.2023, zum Postulat von Melina Schellenberg, SP-Fraktion und René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 12.9.2022, betreffend **Teilnahme an kantonalen Projekt Natur im Siedlungsraum**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4635 / A
6. Interpellation von Urs Pozivil, FDP-Fraktion und Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 25.1.2023, betreffend **Erschliessung Neubauprojekt Neuweilerstrasse**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4657 / A
7. Interpellation von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, vom 18.4.2023, betreffend **Wasserversorgung in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4664 / A
8. Interpellation von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 7.6.2023, betreffend **Entscheidungsprozess «Neue Führungsstrukturen in der Primarschule»**
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4674 / A
9. Motion von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 18.4.2023, betreffend **Anpassung des Reklamereglements, Paragraph 14**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4665
10. Motion von René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion und Melina Schellenberg, SP, vom 18.4.2023, betreffend **Bemerkenswerte und schützenswerte Bäume – Inventar und entsprechende Schutzbestimmungen bevor Allschwil zur Grauzone wird**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4666
11. Postulat von Mehmet Can, SP-Fraktion, vom 19.4.2023, betreffend **Gegen das Wildparken von E-Scootern / E-Trottinetts**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4667

12. Postulat von Matthias Häuptli, GLP, vom 13.6.2023, betreffend
Kompetenzgerechte Aufgabenteilung II: Baubewilligungen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4679
13. Postulat von Christian Jucker, GLP, vom 13.6.2023, betreffend
Kompetenzgerechte Aufgabenteilung I: Steuerveranlagungen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4680

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 37 vom 13. September 2023

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

René Amstutz

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

René Amstutz, Präsident: Geschätzte Anwesende. Herzlich willkommen an der September-Einwohnerratssitzung. Ich hoffe, alle haben eine schöne Sommerpause geniessen können und sind wieder fit für die politischen Aktivitäten. Ich freue mich auf dieses Jahr, in welchem ich den Einwohnerrat präsidieren darf. Zum ersten Mal als Grüner ist jemand hier oben, sofern ich die Information richtig erhalten habe, und ich freue mich, dass es auch noch im Wahljahr ist, welches wahrscheinlich ziemlich herausfordernd sein wird. Ich wünsche allen spannende, sachgerechte und konstruktive politische Auseinandersetzungen, und hoffentlich effiziente Einwohnerratssitzungen.

Voilà, wir kommen direkt zum ersten Punkt. Es gibt Entschuldigungen. Das ist Swen Wyss und Patrick Dill. Der Stellvertreter ist hier, das ist Jesse van Rijswijk. Verspätung haben Philipp Adam, Florian Spiegel und Andreas Bärtsch. Weitere habe ich nicht erhalten. Und noch Claudia Sigel. Ruedi Spinner liest die Präsenzkontrolle. - Vielen Dank.

Es gibt drei Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten. Erstens dürfen wir Louis Seifried als neues Mitglied hier im Einwohnerrat begrüßen, anstelle von Evelyne Roth, die zurückgetreten ist. Louis Seifried ist für Die Mitte da. Herzlich willkommen und viel Spass und Erfolg. [Applaus]

Zweite Information: Letzten Montag, 11. September 2023, wurde die Petition gegen die geplante Erschliessung des Neubauprojektes Neuweilerstrasse über den Strengigartenweg direkt dem Gemeinderat übergeben. Der Gemeinderat ist die richtige und zuständige Behörde dafür. Dies einfach zur Information, ich glaube, es gibt Leute, die im Publikum sitzen, welche diese Petition unterstützt und initiiert hatten.

Dritte Information: Nach der Sitzung wie immer zügig aus dem Saal gehen, damit man schliessen kann. Ihr dürft weiterhin im Foyer sein.

Nun habe ich fast eine vierte Mitteilung vergessen: Bitte spricht immer ins Mikrofon, damit es gut verständlich ist, hauptsächlich für jene, die das Protokoll schreiben müssen etc. Und am Schluss, wenn ihr fertig seid, bitte das Mikrofon abschalten.

Es gibt eine **dringliche Interpellation**, die eingereicht wurde. Das ist das **Geschäft 4687** betreffend **Schulraumplanung** von Lucca Schulz. Kann man sie auflegen? Voilà. Lucca Schulz, möchtest du die Dringlichkeit begründen?

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzter Einwohnerrat. Merci vielmals für die Möglichkeit zur Wortmeldung. Die Interpellation wurde zwar von mir eingereicht, aber, wie man sehen kann, auch noch von diversen anderen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten unterzeichnet worden. Ich möchte kurz als Vorbemerkung das Vorgehen des Gemeinderats in der Schulraumplanung, so wie es mir darlegt, noch einmal kurz zusammenfassen. Man weiss seit sehr langer Zeit, dass Allschwil mehr Schulraum benötigt, und man ist daher auch schon seit über fünf Jahren, wie mir die ehemalige Schulratspräsidentin gesagt hat, an dieser Planung dran, wie der Schulraum zur Verfügung gestellt werden soll. Man hatte externe Projektbegleitung organisiert, die es zusammen mit allen Playern aufgleisten. Das Ziel, das vom Gemeinderat hier immer wieder kommuniziert wurde, war ganz klar, dass alle relevanten Player hinter dieser Schulraumplanung stehen können oder stehen müssen. Man hörte dann auch immer wieder, dass man auf einem guten Weg sei. Vor etwas mehr als einem Jahr hiess es hier, dass man die Projektleitung/-begleitung auswechseln würde, wenn man das Hauptziel in Gefahr sieht, wenn man nicht mehr davon überzeugt ist, eine Konsenslösung erarbeiten zu können. Notabene. Die Schulraumplanung hatte dazumal eigentlich bereits etwas Verspätung und stand unter Zeitdruck. Dann hat man sich mit einer neuen Leitung wiederum ein Jahr lang Zeit genommen, und steht nun genau genommen wieder an demselben Punkt wie im Sommer 2022. Nämlich, dass man eine Schulraumplanung hat, die offensichtlich nicht von allen Parteien, Parteien im Sinne von beteiligten Playern und auch politischen Parteien, getragen wird.

Die Planung verdient es nun, anhand dieser Interpellation schon in diesem Stadium sicher mal im Einwohnerrat thematisiert zu werden. Zum einen ist es höchst fraglich, weshalb man es nicht geschafft hat, die Einigkeit herbeizuführen, obwohl dies über die Jahre hinweg das Hauptziel war. Jetzt geht es darum, wie es mit den Übergangslösungen aussieht. Was wären Alternativen zu diesem Vorschlag mit den drei Standorten, der nun auf dem Tisch liegt. Es ist klar, dass die Lösung es im Einwohnerrat und, falls es zu einem Referendum kommt, auch von der Stimmbevölkerung extrem schwer haben wird. Schlussendlich gehört auch thematisiert, weshalb dieser Prozess nun neben dem anderen Prozess bezüglich der Führungsstruktur der Primarschule so herauskam, wie er nun herauskommt, nämlich, dass hier der Eindruck vermittelt wird, der Gemeinderat – umgangssprachlich gesagt – mache keine gute Falle. Deshalb bitte ich euch, die Dringlichkeit zu bejahen, damit wir die Diskussion heute führen können. Geschätzten Dank.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieser Interpellation. Es gibt keine Diskussionen. Es braucht eine 2/3-Mehrheit. Wer die Dringlichkeit zu dieser Interpellation geben möchte, soll das jetzt mit Karte bestätigen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

://:

Gut, die Dringlichkeit wurde grossmehrheitlich erteilt, somit wird der Gemeinderat die Interpellation nach der Pause beantworten.

René Amstutz, Präsident: Es wurden keine weiteren Postulate, Interpellationen oder Motionen eingereicht, und weitere Vorstösse habe ich auch keine. Somit kommen wir zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass sie rechtzeitig zugestellt worden ist. Ich frage den Rat, ob es zur Traktandenliste Änderungsanträge gibt. Das ist der Fall, das ist Urs Pozivil.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht hier um das Traktandum 3. Wir haben es gehört, Andreas Bärtsch steckt im Stau, er hat Verspätung. Weil es hier doch auch um die Beantwortung seines Postulats geht, denken wir, es wäre zielführend, wenn man das Traktandum 3 einfach nach der Pause traktandieren würde, damit er dann auch sicher anwesend ist. Merci vielmals für die Zustimmung.

René Amstutz, Präsident: Wir stimmen zu diesem Antrag ab. Wer das Traktandum auf nach der Pause verschieben möchte, soll das mit Karte bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Gut, das ist einstimmig. Somit behandeln wir es nach der Pause.

Gibt es weitere Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall. Ich stelle somit fest, dass die Traktandenliste mit dieser Änderung genehmigt wurde.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Evelyne Roth, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Louis Seifried, Geschäft 4685

René Amstutz, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist Louis Seifried in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Bauwesen und Umwelt, anstelle der zurückgetretenen Evelyne Roth, die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Louis Seifried, Geschäft 4686

René Amstutz, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist Louis Seifried in stiller Wahl gewählt.

René Amstutz, Präsident: Wir kommen nun zum neuen Traktandum 3.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 11.1.2023, sowie der Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, vom 25.4.2023, betreffend Reglement über den Fonds von Infrastrukturbeiträgen aus Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4601 / A

René Amstutz, Präsident: Die Frage an den Einwohnerrat: Liegen neue Aspekte vor? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur 2. Lesung dieses Reglements. Wir werden die Anträge der FIREKO direkt bei jedem Paragraphen beschliessen oder nicht beschliessen, ja nach Resultat. Der 1. Vizepräsident und die 2. Vizepräsidentin führen uns durch diesen Bericht.

REGLEMENT ÜBER DEN FONDS INFRASTRUKTURBEITRÄGE

§ 1 Zweck des Fonds Seite 2

keine Wortmeldungen

René Amstutz, Präsident: Wir stimmen jetzt ab, denn es gibt einen Antrag der FIREKO. Möchte der FIREKO-Präsident etwas dazu sagen? – Wir müssen schnell warten –

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Könnte man es auflegen, weil ich im Moment meine Unterlagen nicht sehe, mein Rechner ist am Streiken?

René Amstutz, Präsident: Das könnte schwierig sein, niemand hat es ausgedruckt. Hat es jemand ausgedruckt? – Besten Dank –

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Also. Wir haben die Grundlage des Kantons, dass es ein Reglement des Kantons gibt, wie die Fonds zu verwenden sind. In diesem Reglement steht ganz klar, dass sie in einem Vertrag festgelegt sind, zwischen der Partei, welche diesen Quartierplan hat, und der Gemeinde. Dieser ist bindend. Das sagte auch die Rechtsauskunft des Kantons. Deshalb sind wir von der FIREKO der Meinung, dass wir die geltenden Rechte nicht auf die Gemeindeebene überschreiben können, sondern müssen uns an das halten, was der Kanton vorgegeben hat. Somit geht man zurück auf die Aussagen des Kantons, statt auf die Modifikationen, die der Gemeinderat vorgeschlagen hat.

René Amstutz, Präsident: Das Wort hat Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Gemeinde Allschwil hat tatsächlich ein solches Vorreglement bei der Verwaltung in Auftrag gegeben. Dies beschreiben wir bereits in der Ausgangslage im Bericht an den Einwohnerrat. Und zwar im ersten Absatz: *1. Ausgangslage. Dem Kanton wurde der Entwurf des Reglements über den Fonds für Infrastrukturbeiträge aus Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan gestützt auf den GRB 106 zur Vorprüfung zugestellt. Das Ergebnis dieser kantonalen Vorprüfung ist Ende August eingegangen. Neben den redaktionellen Korrekturen sind vorwiegend zwei Punkte aufgekommen.* Das heisst, der Rechtsdienst des Kantons sagt uns, wir müssen ein separates Fondsreglement erstellen für Infrastrukturbeiträge und für Mehrwertabgaben. Deshalb haben Sie auch das Vergnügen, später dann auch noch den Fonds für die Mehrwertabgaben bestimmen zu dürfen und das Reglement zu genehmigen. Und, zweitens, der Detaillierungsgrad des Verwendungszwecks im Reglement. Dies hat Mark erwähnt, das hat er korrekt gesagt, dass das vertraglich Vereinbarte wichtig ist.

Dem Gemeinderat geht es vor allem um den Spielraum für die Gemeinde. Es geht teilweise auch um Gemeindeautonomie innerhalb dieser Finanzierung. Wir stellen uns nach wie vor auf den Standpunkt, dass, wenn ein Investor in Allschwil etwas bauen will oder etwas baut, so stellt er etwas hin, und die Gemeinde Allschwil muss den Umgang finden mit den Leuten, die nach Allschwil ziehen, wie man die Zuzügerinnen und Zuzüger unterbringt. Es geht um Infrastruktur, es geht um Schulhäuser, Kindergärten, Kinderbetreuung. Es geht aber auch um Alterswohnungen oder letztlich, wenn es ganz am Lebensende ist, auch um Plätze im Pflegeheim. All dies generiert Kosten. Diese Kosten möchten wir auch irgendwie zurückholen. Deshalb bittet Sie der Gemeinderat, dem Antrag der FIREKO auf den

Ersatz nicht zuzustimmen und dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen und das Reglement so zu genehmigen, wie wir es Ihnen vorgelegt haben.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön. Möchte der FIREKO-Präsident dazu noch etwas sagen?

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Die Ausführungen sind dieselben, wie wir sie zuvor gehört haben. Es wird bestätigt, ja, die Vorgabe ist der Plan. Also, der Vertrag ist bindend. Wenn man also Freiraum möchte, müsste man es in den Vertrag nehmen und kann es nicht im Fondsreglement nachregeln. Denn, sobald es im Fondsreglement steht, würde das heissen, der Vertragspartner hat überhaupt nichts mehr zu sagen über die Änderungen, die im Fondsreglement vorgesehen sind. Das kann nicht Sinn und Zweck der Gesetzesvorlage sein. Wir sind uns eigentlich einig, haben aber eine andere Ausführungsstrategie. Ich verstehe das Anliegen des Gemeinderats, dass er mehr Freiheit haben möchte. Ich finde aber, das ist keine korrekte Auslegeordnung.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Noch einmal Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ja, das mag sein, Mark, dass es tatsächlich im Detail ein wenig auseinandergeht. Allerdings ist der Gemeinderat eindeutig der Auffassung, der Kanton führte bereits eine Vorprüfung durch, hatte nichts an diesen Paragraphen auszusetzen. Nach dem Beschluss des Einwohnerrats geht das Reglement zur definitiven Bewilligung durch den Regierungsrat. D. h. es wird noch einmal im Kanton angeschaut. Danach lassen wir es uns doch vom Kanton sagen, falls wirklich etwas falsch drinsteht, was ich mir aber nicht vorstellen kann, denn, wie gesagt, der Bericht der Vorprüfung sagt ganz klar, das Reglement, so wie wir es eingeben möchten, ist bewilligungsfähig.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, das Wort hat noch einmal FIREKO-Präsident Mark Aellen.

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Also, zum letzten Mal: Wenn mir ein Rechtsdienst sagt, dass die Zweckbindung durch den Vertrag gegeben ist, und das hat er ja gesagt, wenn er dann formal in diesem Antwortschreiben dies nicht explizit ankreidet, dass es darin geändert werden muss, dann verstehe ich einfach nicht, wie man miteinander spricht. Wenn mir jemand sagt, der Zweck ist gebunden und ich nachher sage, er hat mir nicht gesagt, dass der Paragraph falsch formuliert ist, deshalb muss ich nichts ändern, ist das einfach verwirrend. Wenn die Gemeinde und der Kanton auf diese Weise miteinander «geschäften», muss ich sagen, macht, was ihr wollt, ich verstehe nicht, was ihr macht.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Rednerliste zu § 1 erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der FIREKO. Wer den Antrag der FIREKO zu § 1 annehmen möchte, soll das mit Karte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Der Antrag der FIREKO ist grossmehrheitlich angenommen.

Wir gehen weiter durch den Bericht.

§ 2 Fondsäufnungen Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 3 Verwendung des Fondskapitals Seite 2

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Hier liegt wiederum ein Antrag der FIREKO vor, daher erteile ich das Wort gleich an den FIREKO-Präsidenten Mark Aellen

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Danke schön. Jetzt, da wir den ersten Antrag angenommen haben, sind alle, die nun folgen, eigentlich die direkte Konsequenz davon. Die Zweckbindung ist über den Vertrag, deshalb muss man diesen Zusatzartikel streichen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste zu § 2 erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Also, es gibt zwei Anträge der FIREKO. Der Erste ist der Antrag zu § 3 Abs. 2, dass man diesen ersatzlos streicht. Wer dem zustimmt, soll das mit Karte bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:
Das ist einstimmig mit einer Enthaltung angenommen.

René Amstutz, Präsident: Es gibt einen zweiten Antrag. Das ist § 3 Abs. 3, dass man diesen ebenfalls ersatzlos streicht. Wer dem zustimmt, soll das mit der Karte bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:
Das ist ebenfalls einstimmig mit einer Enthaltung angenommen.

Wir fahren fort.

§ 4 Ausgabenkompetenz Seite 2

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Auch hier liegt ein Antrag der FIREKO vor. Ich erteile das Wort wiederum dem FIREKO-Präsidenten, Mark Aellen.

Mark Aellen, Präsident FIREKO: Danke schön. Auch hier haben wir dieselbe Ausgangslage. Anhand der ersten Änderung ist es die logische Konsequenz, dass man diesen Paragraphen streichen muss.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste zu § 4 erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Hier gibt es auch eine Abstimmung. Wer den § 4 Abs. 2 ersatzlos streichen möchte, soll das mit Karte bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:
Einstimmig, ohne Enthaltungen, wenn ich es richtig gesehen habe, ist dieser Antrag angenommen.

Wir fahren weiter.

§ 5 Buchführung Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 6 Verzinsung Seite 2

keine Wortmeldungen

§ 7 Inkrafttreten Seite 3

keine Wortmeldungen

René Amstutz, Präsident: Ich stelle fest, dass es keine Wortmeldungen mehr gibt. Somit ist die Beratung über das Geschäft 4601/A abgeschlossen, und ich stelle fest, dass die 2. Lesung des Reglements abgeschlossen ist. Wir kommen zum **Antrag des Gemeinderats**, Seite 4, mit den nun angenommenen Anpassungen:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Reglement über den Fonds von Infrastrukturbeiträgen aus Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan wird genehmigt.

Wer dem zustimmt, soll das bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Das ist einstimmig angenommen mit 1 Enthaltung.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das **Geschäft 4601/A**. Wer das ganze Geschäft abschliessen möchte, soll das mit Karte bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Das Geschäft ist einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 9.8.2023, zum Postulat von Melina Schellenberg, SP-Fraktion und René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 12.9.2022, betreffend Teilnahme an kantonalen Projekt Natur im Siedlungsraum
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4635 / A

René Amstutz, Präsident: Wir beginnen mit der gesamthaften Beratung. Die Reihenfolge ist zuerst die antragstellende Person, das ist Melina Schellenberg von der SP-Fraktion, dann Gemeinderat Philippe Hofmann, dann die Vertretungen der Fraktionen und zum Schluss die Rednerliste. Melina Schellenberg, bitte.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es freut mich natürlich sehr, dass das Projekt umgesetzt wird und die Umsetzung auch bereits aufgegleist ist. Nun habe ich aber ein paar Fragen zum Bericht vorgängig an Philippe Hofmann geschickt, ich werde sie nun einfach nur kurz vorlesen, damit auch alle genau informiert sind, worum es genau ging. Ich freue mich sehr auf die Beantwortung.

1. Welche Experten wurden beauftragt, die Analyse durchzuführen?
2. Was genau wird auf den ausgewählten Flächen konkret umgesetzt?
3. Es wurden zehn Flächen geprüft, aber im Bericht werden nur drei genannt. Welches sind die anderen sieben Flächen?
4. Ist der Gemeinderat dazu bereit, auch weitere Flächen umzugestalten, falls das Projekt in den folgenden Jahren durch den Kanton nicht weitergeführt wird?
5. Ist die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton öffentlich und daher dem Einwohnerrat zugänglich, und wann und in welchem Rahmen erhält der Einwohnerrat Einsichtmöglichkeit?
6. Diese Frage hat sich eigentlich vorgängig schon geklärt. Es steht rechnerisch im Bericht mit Zahlen. Es ist am einfachsten, wenn Philippe Hofmann es kurz erklärt.
7. Gibt es Erfahrungswerte bezüglich der Ausgaben von anderen Gemeinden im Kanton, die am Projekt teilnehmen?

Ich gebe das Wort gerne weiter.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön. Dann hat das Wort Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, liebe Melina, und natürlich auch lieber René, du hast schliesslich dieses Postulat mitunterzeichnet. Ihnen liegt das Geschäft 4635, wie eingangs erwähnt. Es wurde am 7. Dezember überwiesen und nun folgt eigentlich die Beantwortung, welche Ihnen hier schriftlich vorliegt. Ich möchte es gerne in einen Kontext stellen. Es ist nicht so, dass sich der Gemeinderat bzw. die Gemeinde erst mit diesem Postulat, mit der Herausforderung, von Natur im Siedlungsraum, überhaupt auseinandersetzt. Man sieht ja immer wieder, was der Werkhof immer wieder Grossartiges leistet und was die Gärtner auch sehr viel mit Bepflanzungen und Gestaltungen machen. Wir schauen schon viel länger dazu, das Dorf mit Artenvielfalt aufzuwerten. Zwei, drei Beispiele sind Wegmattenpark, Bettenackerareal oder so ähnlich. Also da sind wir bereits dran.

Nun kommt mir natürlich die ganze Frageliste von Melina ein wenig quer. Trotzdem Danke schön, dass ich sie vorgängig gekannt habe, so kann ich ein wenig was dazu ausführen. Ich habe versucht, sie etwas zu gliedern. Der Experte, der angesprochen wurde, wer das gewesen sei? Das war Nikki Hufschmied. Was aus den ausgewählten Flächen konkret umgesetzt wird, damit ihr euch dort eine Massnahme vorstellen könnt, was wir tun. Es geht z. B. um Ergänzung oder auch Diversifizierung der bereits bestehenden Vegetation. Indem man einheimische Sträucher setzt oder Buscharten, manchmal auch Bäume pflanzt. Dann geht es darum, dass man vielleicht ins Mattland, welches wir haben, auch entsprechende Pflanzen sät. Z. B. kann eine flächige, grosse Einsaat von standortgerechten Blumenwiesenmischungen was sein. Oder dass man an beliebiger Stelle eine Leere, also einen Steinhaufen anlegt, auch Asthaufen für kleine Viecher. Oder halt, was auch notwendig ist, ist der ganze Unterhalt, ein gestaffelter Unterhalt dieser Mattlandflächen. Man kann nicht einfach etwas ansäen und gut ist, sondern man muss sich auch darum kümmern.

Welche zehn Flächen wurden denn geprüft? Man hat geschaut, dass wir verschiedene Flächen überhaupt ausscheiden konnte, auf denen etwas machbar ist. Das war im Brüel, Gemeindeverwaltung, bei der Villa Guggenheim, Brennerstrasse, das ist an der Spitzwaldstrasse und Parkallee, diese Baumscheiben, die es gibt, entlang des Mühlebachs, Allee des Pastorenwegs, Grünfläche beim Reservoir an der Schönenbuchstrasse, dann auch der Kreisel Fabrikstrasse/Binneringerstrasse und am Schluss Quartiertreff Dürrenmatte/Trämlisplatz.

Weiter wurde gefragt, ob der Gemeinderat dazu bereit ist, weitere Flächen umzugestalten, falls es im Projekt des nächsten Jahres, also im darauffolgenden Projekt des Kantons nicht weitergeführt werden würde. Ja, das ist so. Die Gemeinde hat bereits vor der Lancierung des kantonalen Förderprogramms Flächen ökologisch aufgewertet und wir werden das im nächsten All-Info z. B. ausführen können. Darin wird auch ein Bericht zu dieser Arbeit erscheinen.

Weiter gab es die Frage betreffend die Leistungsvereinbarung des Kantons, ob sie öffentlich ist und der Einwohnerrat Einsicht haben kann. Eine Leistungsvereinbarung hält im Allgemeinen eigentlich nur fest, welche Flächen gemäss der Analyse ökologisch aufgewertet werden sollen, die Höhe des Unterstützungsbeitrags und des Kostendachs und die Frist zur Umsetzung. Aber wenn man es mal gerne anschauen möchte, sollte es jemand von Ihnen mehr interessiert, bitte bei EBP melden, dann kann man dort bestimmt auch reinschauen. Ich denke, das ist kein Geheimnis, was wir getan haben. Was zu den Kosten zuvor angesprochen wurde, hat sich vorgängig geklärt. Es war vielleicht nicht so klar dargestellt, oder, wenn man zwei falsche Zahlen zusammenzählt, ergibt sich auch ein falsches Resultat. Das ist nicht weiter schlimm, es ist einfach so: Die Kosten belaufen sich auf 63'000 Franken. Der Kanton spricht 40 %, wenn ich das richtig sehe, also erhalten wir 25'000 Franken.

Ob es Erfahrungswerte gibt, wurde abschliessend gefragt. Dazu, muss ich nun sagen, wissen wir nichts, was mit anderen Gemeinden ist. Es ist aber auch nicht so, dass wir das gross nachgefragt hätten. Sondern, wir konzentrieren uns auf die Umsetzung von unseren eigenen, eigentlich vorhandenen Gebieten.

So, ich hoffe, dass ich mit diesen Ergänzungen und Fragen dies auch zufriedenstellend beantwortet habe, und dass man es nun besser verstanden hat. Ich beantrage dem Einwohnerrat daher, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Merci.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat noch einmal Melina Schellenberg.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Ich möchte Philippe Hofmann gerne für die Ausführungen danken und freue mich sehr, dass das Projekt eben in Zukunft weitergeführt wird, auf die eine oder andere Weise. Ich bin auch der Meinung, dass wir es mit gutem Gewissen abschreiben können. Besten Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Prima, dann wären nun die Vertreter der Fraktionen an der Reihe. Gibt es entsprechende Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann wäre die allgemeine Rednerliste eröffnet. Auch hier die Frage: Gibt es Wortmeldungen? Auch das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit ist die Beratung über das **Geschäft 4635/A** abgeschlossen. Wir kommen zum **Antrag des Gemeinderats**.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat, Geschäft 4635 «Teilnahme am kantonalen Projekt Natur im Siedlungsraum» wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmt, soll das mit Karte bestätigen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

//:

Das Geschäft ist einstimmig abgeschrieben.

Wir kommen zur Schlussabstimmung zu diesem Geschäft. Wer das Geschäft als Ganzes abschreiben möchte, soll das mit Karte bestätigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

//:

Das ist auch einstimmig abgeschrieben.

Wir kommen zum neuen Traktandum 5.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Urs Pozivil, FDP-Fraktion und Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 25.1.2023, betreffend Erschliessung Neubauprojekt Neuweilerstrasse
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4657 / A

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist: Zuerst der Interpellant – ich habe hier Urs Pozivil aufgeschrieben, vielleicht ist es jemand anders – dann Vizepräsident Franz Vogt.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich würde das Wort gerne zuerst dem Gemeinderat geben. Vielleicht wird er gewisse Erläuterungen geben, die gewisse Fragen von mir dann auch absolut hinfällig machen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, so hat das Wort Gemeindevizepräsident, Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohner:innen, liebe Gäste. Sie alle haben die Antworten des Gemeinderats zur Interpellation gelesen. Sie sind sehr ausführlich. Deshalb gehe ich nun nicht noch einmal detailliert auf die einzelnen Punkte ein. Aber selbstverständlich bin ich für Fragen da, und ich gehe davon aus, dass es einige geben wird. Ich möchte aber noch einmal aus der Sicht des Gemeinderats auf die wichtigsten Punkte eingehen, so wie ich es bereits am Montag auf Telebasel tun durfte. Obwohl der Gemeinderat durchaus gewisse Sympathie für das Anliegen hat, kann er hierzu nicht viel Hoffnung machen.

Das Problem ist, dass das fragliche Gebiet Wald ist. Das Waldgesetz ist eines der striktesten Gesetze, die wir in der Schweiz haben. Und es ist ein Bundesgesetz. Darauf haben der Gemeinderat und der Einwohnerrat nur beschränkt Einfluss. Weil aber der Gemeinderat, wie schon gesagt, Sympathie

für diese Sache aufbringt, haben wir den zuständigen Kreisförster und den Zuständigen fürs Waldrecht des Kantons in den Gemeinderat eingeladen. Man hat uns erklärt, dass selbst die Garage als Wald gilt, obwohl sie eine Bestandsgarantie hat. Es sei unerheblich, wie viele Bäume an dieser Stelle stehen würden. Es braucht auf jeden Fall ein Rodungsgesuch. Das ist eine hohe Hürde, hat man uns erklärt. Eine Erschliessung über Wald könne nur beantragt werden, so haben sie sich ausgedrückt, wenn nachgewiesen wird, dass es keine andere Möglichkeit gibt. Das muss bereits im Gesuch nachgewiesen werden. Dazu gibt es auch neuere Bundesgerichtsentscheide. Die Herren haben uns also keinerlei Hoffnung machen können. Nun bin ich auf Ihre Fragen gespannt.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Dann hat Urs Pozivil das Wort.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, das ist etwas, was meiner Meinung und unserer Meinung nach in dieser Beantwortung einfach fehlte, eben der Bezug zu den Bundesgerichtsentscheiden. Denn ich meine, wenn wir einfach wirklich nur die Beantwortung betrachten, steht dort einfach, man hatte ein schönes Treffen mit den Leuten vom Forstamt, vom Bauamt schlussendlich, und hatte mit ihnen den Wald, die Waldsituation angeschaut und nahm einen Augenschein. Es steht aber nicht klar begründet, was bei dieser Gelegenheit diskutiert wurde. Ich glaube, das war auch eine unserer Fragen. Mit welchen Argumenten ging der Gemeinderat überhaupt in diese Sitzung? Dies ist mir nach wie vor nicht ganz schlüssig, denn es steht einfach, oder man hat es nun gehört, ihr habt Sympathie für diese Idee, aber sie ist nicht umsetzbar. Ich denke trotz allem, man müsste doch einfach diesen Weg wählen, dass man dieses Rodungsgesuch stellt, damit man wirklich auch schwarz auf weiss die Auslegeordnung hat, weshalb es nicht geht. Ich denke, wenn eine Sympathie vorhanden ist, dann müsste man es auch tun, dass man wirklich, mit Hand und Fuss, einen Beweis hat, dass es eben nicht geht. Ich glaube, wir haben wirklich eine Lösung, nennen wir sie mal sehr kompliziert, die nun angestrebt wird, über den Strengigartenweg. Das ist gleichzeitig auch ein Schulweg, für die Häuser, die dann dort gebaut werden. Ich meine, wir wissen auch, es gibt mehrere Liegenschaften, die dort erstellt werden. Wir glauben einfach, es ist nicht zielführend, wenn man dann über diesen Schulweg auch den Verkehr schleusen muss, wenn man eine andere, einfache Erschliessung hat. Das ist, glaube ich, auch der Grund, weshalb die ganze Thematik so viel diskutiert wird. Es gibt eine Erschliessung, die einfach und naheliegend ist, aber man wählt nun mal den komplizierten Weg. Ich glaube, das ist auch das, was die Leute nicht verstehen. Trotz allem glaube ich, man muss schon ein wenig auf den Punkt schauen, was genau ist der Grund, weshalb man nicht einmal einen Versuch wagt, das Rodungsgesuch zu stellen. Es wäre bei der Beantwortung dieser Interpellation sicher auch zielführend gewesen, wenn man auch wirklich die Bundesgerichtsentscheide erwähnt und gesagt hätte, hier steht es schwarz auf weiss, ihr habt keine Chance. Dann kann man auch eher damit leben, als wenn man einfach hört, ja, es geht eben nicht. Ich glaube, das wäre sehr wünschenswert gewesen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, wir fahren fort. Vorher möchte ich der Vollständigkeit halber, auch wenn man die Antwort bereits etwas herausgehört hat, den Interpellanten fragen, ob er mit der Antwort zufrieden ist, im Sinn von § 50 Abs. 4 des Reglements.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Ja, grundsätzlich ist man damit zufrieden. Ich glaube, man kann sicher damit leben, was nun hier geschrieben steht. Man kann es später auch abschreiben. Ich glaube, es waren sicher sinnvolle Wortmeldungen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Prima. Dann hat Gemeindevizepräsident Franz Vogt noch einmal das Wort und anschliessend Ueli Keller.

Franz Vogt, Gemeinderat: Also, die Kritik nehme ich gerne entgegen. Es war tatsächlich so, als ich mich darauf vorbereitete, habe ich auch gesehen, es fehlen eigentlich wichtige Punkte, wie eben das, mit dieser Garage, was schon nicht gleich jedem einleuchtet. Wie sind wir in diese Verhandlungen gegangen, resp. diese zwei Herren sind zu uns in den Gemeinderat gekommen, wie gingen wir in dieses Gespräch? Natürlich hat man all die Argumente, die wir von den Petitionären kennen, sauber abgeklopft und man hat uns gesagt, schon im Rodungsgesuch müsse man nachweisen, dass es keine andere Möglichkeit gibt. Im Sinn von eben technisch nicht machbar. Das ist eigentlich die Kernaussage. Aber, wie ihr wisst, und deshalb hat natürlich der Gemeinderat auch auf ein Rodungsgesuch verzichtet, weil es aussichtslos ist und man nicht unnötigen, vor allem Verwaltungsaufwand bei uns und beim Kanton generieren will.

In gewisser Hinsicht besteht jetzt eine neue Situation, da wir nun diese Petition haben. Diese werden wir selbstverständlich zu gegebener Zeit anschauen und dann wird man es noch einmal beurteilen, ob es so gesehen wirklich nicht geht. Wir haben klar den Auftrag, es noch einmal von einer anderen Seite

zu betrachten. Ihr könnt sicher sein, die Petition wird dann auch dem Kanton und ganz sicher den zwei Herren zugestellt.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und -sprechern. Ueli Keller hat sich bereits gemeldet, ich erteile ihm das Wort.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich spreche nun nicht als Fraktionssprecher, sondern als Mitinterpellant. Ich habe zwei Vorbemerkungen und zwei Bitten. Zusätzlich möchte ich noch sagen, dass ich nun nicht auf Details eingehe. Die Interpellation wurde reichhaltig und vielseitig eingereicht. Was Urs bereits erwähnt hat, ist sie detailreich genug. Meine zwei Vorbemerkungen: Es gibt einen Spruch, der heisst: Man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht. In diesem Fall kehre ich den Spruch um und sage: Man sieht vor lauter Wald die Bäume nicht. Es handelt sich aus meiner Sicht wirklich nicht um einen Wald. Auch wenn der so eingezeichnet ist. In der Güterabwägung sollte man das eingehend und substanziell und übergeordnet beachten. Zweite Vorbemerkung: Mir kann man sicher nicht sagen, ich würde mich nicht um Bäume sorgen. Ich habe z. B. zwanzig Bäumen beim Reservoir das Leben gerettet. Sprichwörtlich und echt, die hatten bereits die Kerbe, gefällt zu werden, und ich habe interveniert. Der Förster ging und klebte oder pflasterte die Kerben wieder zu, und diese Bäume stehen zu meiner grossen Freude immer noch. Ich setze mich nach besten Kräften für Bäume ein und bin in keinster Weise dafür, dass man Bäume nicht schützt.

Meine zwei Bitten (bei einer Interpellation kann man ja keinen Antrag stellen, worüber abgestimmt wird), meine zwei Bitten: Die erste geht an den Gemeinderat. Ich bitte den Gemeinderat im Interesse der Verantwortung und Wahrnehmung seiner Verantwortung bei der Siedlungsentwicklung, dieses Feld noch einmal neu zu bestellen, und mit den Anwohnern ins Gespräch zu gehen, mit dem Investor ins Gespräch zu gehen und schauen, ob es nicht wirklich eine vernünftige, sachgerechte, verhältnismässig günstige Lösung gibt. Das ist eine dringende Bitte, die ich an den Gemeinderat habe. Ich rechne fest damit, dass der Gemeinderat die Vernunft und die Verantwortung für die Siedlungsentwicklung insgesamt wahrnehmen wird.

Die zweite Bitte geht an das Einwohnerratsbüro. Die Interpellanten, wie ich gehört habe, reichen die Interpellation auch noch beim Einwohnerratsbüro ein. Dies aufgrund eines formellen Hintergrunds, damit anschliessend die Petition – Entschuldigung, nicht Interpellation! – damit die Petition danach im Einwohnerrat traktandiert werden kann, und durch den Einwohnerrat im Auftrag, im Sinn einer Motion an den Gemeinderat zur Umsetzung gegeben werden kann. Das ist die Bitte, die ich ans Einwohnerratsbüro habe. Soweit habe ich vorläufig geschlossen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das scheint ..., doch Simon Trinkler, bitte.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Nicht Simon Trinkler spricht, sondern Sandro Felice.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Entschuldigung, habe mich vertan. Also, das Wort hat Sandro Felice.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe nur eine Frage. Nun ist immer die Rede davon, dass die Gemeinde ein Rodungsgesuch stellen sollte. Mir ist nicht ganz klar, ob das wirklich an der Gemeinde liegen würde, dass sie ein Rodungsgesuch stellen kann, für einen Wald, der sich auf Privatland befindet. Müsste nicht die Gemeinde versuchen, den Investor zu überzeugen, dass er das Rodungsgesuch stellt? Es scheint mir einfach vom Verständnis her so zu sein, also so wie ich es verstehe. Oder in anderen Fällen ist es so, dass derjenige, der das Baubegehren stellt, eigentlich, wenn es auf seinem Land steht, das Rodungsgesuch stellen muss. Es ist immer die Rede davon, dass es die Gemeinde macht. Kann sie das überhaupt?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut. Das Wort hat Gemeinderat Franz Vogt und anschliessend Claudia Sigel.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich habe zuvor noch vergessen, zum Schulweg, der Urs Pozivil erwähnte: Selbstverständlich muss der Schulweg zu 100 Prozent sicher sein. Das ist eine absolute Vorgabe. Das Gutachten von Metron schlägt auch vor, mindestens eine 30er-Zone zu machen, was man ja vielleicht flächendeckend erhalten. Das wäre das Mindeste, was sie dazu vorschlägt. Eine berechtigte Frage, Sandro Felice, ob die Gemeinde das stellen kann. Grundsätzlich muss es der Grundeigentümer stellen. Beim Stellen eines Rodungsgesuchs benötigt es auch zwingend Ersatz. Der Ersatz kann

nicht an beliebiger Stelle sein, der kann nicht neben Uelis Bäumen am Reservoir sein, was da oben ja nicht als Wald gilt. Er kann auch nicht irgendwo im Wald sein, sondern muss im Perimeter sein. Das wird praktisch nur auf dem Land der Eigentümer sein. Ohne Eigentümer wird man wahrscheinlich gar nichts machen können. Er muss auch bereit sein, seine Bauplanung zu ändern. Er hatte es offenbar angefragt. Es ist nicht vollkommen verbürgt, aber ich meine, wir waren zuvor schon mit dem Gemeinderat oft im Gespräch, dort erhielt er natürlich halt dieselbe Antwort wie wir. Dann hat er natürlich wenig Lust, einen riesigen Aufwand zu betreiben, wenn man ihm von Beginn weg sagt, wenn du nicht beweisen kannst, dass es nicht anders möglich ist oder nicht sinnvoller. Das sind die Worte, welche die Herren benutzt haben. Es seien schon krassere Fälle vom Bundesgericht abgelehnt worden. Wie zuvor erwähnt, es ist ein Bundesgesetz. Ich habe zuvor erwähnt, im Rahmen dieser Petition, die Ueli einfach in eine Motion oder in was auch immer umwandeln könnte, schauen wir es jedenfalls noch einmal an, was überhaupt machbar ist, und werden sicher auch das Gespräch mit den Petitionären suchen. Entweder kommen die Herren noch einmal zu uns oder wir gehen mit ihnen hoch oder was auch immer nötig sein wird. Selbstverständlich sagen wir nicht einfach leichtfertig nein. Wir nehmen die Sorge der Leute ernst, das ist klar. Und wenn es eine Möglichkeit gibt, suchen wir sie. Wie ich aber zuvor schon erwähnt habe, Hoffnung kann ich euch wenig machen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Claudia Sigel und anschliessend noch einmal Ueli Keller.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals, Herr Präsident oder Herr Vizepräsident. Wir von der Mitte-Fraktion haben es ebenfalls eingehend besprochen. Man hört schon sehr viel von, früher sei mal gesagt worden und die Tendenz beim Kanton sei eher nein, und man habe sagen hören. Es ist ein wenig vage, was wir hören. Wir hätten eigentlich lieber Fakten. Die Zeit drängt. Es ist doch nicht ein neues Problem. Für diese drei Mehrfamilienhäuser wurden die Baugesuche bereits gestellt. Es geht was. Wenn nicht rechtzeitig gehandelt wird, ist der Zug abgefahren, dann ist die Sache gelaufen. Wir von der Mitte-Fraktion fragen uns auch, wie das dann nachher in der Strengi aussehen soll, wenn noch rund zwanzig neue PKWs dort tagtäglich hin und her fahren. Wir sprechen hier von 15 Wohnungen, mit mindestens 15 PKWs, vielleicht auch mehr als 15 – wir gehen mal von 20 aus. Wir hätten vom Gemeinderat ein wenig mehr Initiative gewünscht. Vor allem auch, dass man konkret vielleicht noch einmal ein Gesuch an den Kanton stellt, wie es mit diesen Rodungen aussieht. Wenn hier Klarheit herrschen würde, und zwar Klarheit heute, mit heutigem Datum und nicht mit früherem Datum, dass es möglich oder halt nicht möglich ist, dann wären die Diskussionen hier im Rat auch nicht mehr notwendig. Vor allem hätten auch die Anwohner in der Strengi endlich Klarheit. Denn diese fühlen sich im Moment sehr im Stich gelassen. Danke vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Ueli Keller.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich schliesse mich gerne dir, Claudia Sigel, an. Ich habe nun doch noch zwei Details. Erstens, Franz Vogt, ich möchte dich nicht manipulieren, aber ich kann dich nun so wahrgenommen, dass du die Türe eigentlich bereits geöffnet hast. Also im Sinn eines Gesprächs und von Feld neu bestellen. Das Zweite ist die Begründung mit dem Bundesgericht. Es ist klar, dass das Bundesgericht solche Gesuchsablehnungen bestätigt hat, das ist klar, aber gab es auch Gesuche, die bewilligt wurden? Weiss man das? Wie viele? Wo? Bei welcher Gelegenheit? Ich würde mich nicht einfach vom Bundesgerichtshammer erschlagen lassen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Martin Münch.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bezüglich Schulwegs, dem besagten Strengigartenweg: Der Abschnitt, das ist ein etwa drei Meter breites Strässli, hat kein Trottoir. Wenn man nun dort Tempo 30 einführen würde, das sehe ich auch von den Kindern, nutzt das nicht viel, denn Vortritt haben immer die Autos. Also müsste man eine Begegnungszone machen, wie wir es nun am Lettenweg haben, mit farbigen Mustern am Boden, damit die Kinder Vortritt haben und nicht die Autofahrer. Ich sage das nun auch als Papi vom Strengigarten, wo die Kinder tagtäglich vorbeigehen: Es ist wirklich ein Weg, den alle Kinder benutzen. Es wäre, glaube ich, wirklich sinnvoll, wenn man diesen 500m-Umweg der Autos – Claudia Sigel erwähnte zuvor 20 Autos –, wenn diese am Tag dort durchfahren würden, das sind 20 km mehr, die sie abfahren müssen, denn sie müssen natürlich hin und zurück fahren. Das ist doch ein rechtes Stück in der heutigen – sagen wir mal – Klima-Situation, die lassen dann ein bisschen CO₂ raus. Bezüglich Bundesgerichts: Da muss auch erst einmal jemand klagen, damit der Fall dann dort vorliegt, nehme ich an. Ich wüsste nicht – ja – wo kein Kläger, da kein Richter. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. – Ah, doch, Gemeinderat Franz Vogt, Entschuldigung, habe ich nicht gesehen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich will es nicht verlängern. Der Schulweg war auch meiner gewesen. Das ist sicher sehr wichtig, dieser muss ausgesprochen sicher sein. Und, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, man muss es beim Gesuch nachweisen, dass es nicht anders geht. Ich meine, es gibt schon Bundesgerichtsentscheide, die positiv waren. Aber bei denen waren offenbar ganz andere Situationen vorhanden, in denen es erstens gar nicht gegangen wäre, die Liegenschaft zu erschliessen, oder dass es dann doch Umwege, und zwar Umwege nur um den Wald herum, nicht Umwege gerechnet, auch Umwege – ich möchte nicht spitzfindig sein – aber es kommt immer darauf an, wo ist der Zielort und dann kann man den Umweg rechnen. Aber ja, wir haben es gehört, wir werden oder wir haben die Petition entgegengenommen, man wird prüfen, was wirklich machbar ist, und sind bemüht, das nächste Mal mehr Fakten zu liefern.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut. Unter Vorbehalt, dass ich nicht wieder jemanden übersehen habe, ist die Rednerliste nun erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und ist als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung dazu.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von Urs Pozivil, FDP-Fraktion, vom 18.4.2023, betreffend
Wasserversorgung in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4664 / A

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist Interpellant, dann der Gemeinderat.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Dann gebe ich das Wort dem Interpellanten Urs Pozivil.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Ausgangslage, weshalb wir die Interpellation stellten, war, dass wir in den vergangenen zwei Jahren schon immer ein Budgetpostulat gestellt, zur Senkung der Anschlussgebühren bei der Wasserversorgung. Wir wollten einfach mal wirklich wissen, was genau ist bei dieser Wasserversorgung, wie funktioniert sie, welche Strategien verfolgt man und wie ist es aufgebaut. Wir denken, sicher sind gewisse Antworten grundsätzlich aufschlussreich, sie haben einem mehr Informationen geliefert, z. B. eben, was der Gemeinderat genau verfolgt. Aber sie zeigen auch ein wenig genau das Problem auf, welches in dieser Wasserversorgung vorherrscht. Das ist eigentlich, dass die aufgelisteten Ausgaben, wir stellen uns die grosse Frage: Sind diese realistisch? Da sehen wir es eigentlich relativ mustergültig, wenn man die Investitionen betrachtet, z. B. bei den Ringleitungen, bei denen ja 21,3 Mio. anfallen, und man hatte budgetierte Ausgaben im 2022 von 750'000. Nur 20'000 Franken wurden ausgegeben. Das zeigt einfach das Hauptproblem, wohin wir mit der Wasserversorgung steuern. Das ist ein Investitionsstau, den wir nicht nur bei der Wasserversorgung haben, sondern in sehr vielen anderen Punkten auch. Wir werden auch in Zukunft bei der Wasserversorgung einfach Geld anhäufen, weil es nicht realistisch ist, dass man die Investitionen, die in naher Zukunft geplant sind, auch tätigen kann. Wir glauben, es wird immer mehr Geld angehäuft. Das muss es auch, rein von der Logik her, denn man hat wahrscheinlich nicht die personelle Ressource, um überhaupt so viele Arbeiten abzuarbeiten, dass eigentlich die Wasserversorgung auch in Zukunft einfach Überschüsse generieren und immer mehr Eigenkapital anhäufen wird, was eigentlich nicht der Sinn und Zweck dieser Spezialfinanzierung ist.

Man kann die Interpellation abschreiben. Das ist gut. Es wurden uns sehr viele Punkte gegeben und hat uns wieder die Augen geöffnet, dass das einfach eine Position ist, auf die wir auch zukünftig unsere Augen richten und die Entwicklung genau verfolgen werden. Denn wir glauben einfach, wir haben hier eine Baustelle, die wirklich in eine Richtung läuft, wie sie nicht sollte. Wir werden auch künftig wirklich darauf achten. Merci vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, lieber Urs. Danke, dass ihr da die Augen darauf richten werdet. Ich finde es auch immer gut, wenn auch jemand anders noch hinschaut und so. Das zeigt, dass, wenn man gewisse Schwachstellen hat, dass man sie auch aufgezeigt erhält. Ich finde das okay, ich kann dem nichts hinzufügen. Ja, tatsächlich haben wir nicht immer die Investitionen umsetzen können, die wir uns vorgenommen haben. Es gibt immer viele unterschiedliche Faktoren, die hier Einfluss nehmen. Bei allem, was unter dem Boden liegt, ist man immer mit sehr vielen Überraschungen konfrontiert. Aber, das Problem ist erkannt, tatsächlich, und der Vorsatz ist tatsächlich auch vorhanden, um mehr umzusetzen, mehr zu tun, mehr zu vergeben, weil es dringend nötig ist. Wir werden dieses Geld benötigen, die Investitionen müssen wir tätigen, sie sind zwingend. Auch ist es das grosse Ziel, die Planungen, die wir haben, umsetzen zu wollen. Ich hoffe, dass die Antworten somit auch zufriedenstellend sind, und die Interpellation abgeschrieben wird.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut. In diesem Sinn möchte ich den Interpellanten gestützt auf § 50 Abs. 4 der Geschäftsordnung anfragen, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Ja, das ist okay.

Franz Vogt, Gemeinderat: Darf ich noch etwas sagen?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Moment. Ja, dann hat Franz Vogt das Wort.

Franz Vogt, Gemeinderat: Entschuldigung. Von wegen Geld anhäufen: Ich glaube, das ist eine falsche Vorstellung, die herrscht. Das Eigenkapital ist gewissermassen der kumulierte Gewinn, der die Wasserversorgung gemacht hat. Das ist im operativen Geschäft. Aber die Wasserversorgung benötigt sehr viele Investitionen, auch wenn sie nicht jedes Jahr getätigt werden können. Nicht wegen schlechten Willens oder weil man die Sache verlottern lässt. Das Gegenteil ist der Fall. Man schaut gut dazu. Aber es braucht auch Investitionen. Diese sind natürlich in der Erfolgsrechnung nicht drin. Sondern ist eine eigene Rechnung. Einfach noch einmal: Eigenkapital ist nicht Geld, ist nicht Cash, das liegt nicht an beliebiger Stelle auf einem Haufen, so wie du dir das nun vorstellst. Sondern dem Eigenkapital ist eigentlich das nicht abbeschriebene Verwaltungsvermögen gegenüberzustellen. Das ist das Verwaltungsvermögen, welches in der Rechnung auftaucht. Weil, wir aktivieren es ja dann, und in HRM2 schreibt man es über eine lange Zeit ab, denn eine Wasserleitung eigentlich 50 Jahre lang halten sollte. Man muss es nicht über zehn Jahre abschreiben.

Worauf ich hinaus will, ist, sobald das Verwaltungsvermögen höher, oder sagen wir deutlich höher als das Eigenkapital ist, muss das Kapital oder das Geld von der allgemeinen Kasse in die Spezialfinanzierung gegeben werden. Respektive, die Spezialfinanzierung holt es sich aus der allgemeinen Kasse. In den vergangenen Jahren war das ja kein Problem, weil wir praktisch mit Zinsen bei null waren. Sie sind jetzt etwas angestiegen. Zum Glück bis jetzt nicht in Höhen, wie wir es gewohnt waren, aber es ist klar, dass das dann verzinst werden muss. Eigentlich, wenn das Eigenkapital in etwa der Höhe des Verwaltungsvermögens liegt, ist es keine schlechte Sache. Wie ihr von Philippe gehört habt, hat man grosse Investitionen, ebendiese Ringleitung von, ich meine, behaftet mich nun nicht auf die genauen Zahlen, um die 4 Mio., geplant. Und dann für ca. 20 Mio. würde man ältere Graugussleitungen ersetzen. Das Eigenkapital reicht dafür natürlich nirgends hin. Das Missverhältnis wird deutlich grösser werden. Was ich aber vor allem sagen wollte: Eigenkapital, egal wo, ist nicht Geld auf dem Haufen liegt, sondern ist ein buchhalterischer Wert. Davon allein kann man sich nichts kaufen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Und nochmals sorry, die Sache zuvor hätte keine Massregelung sein sollen. Sondern fürs Protokoll ist es wichtig, dass wir gewisse Formalitäten einhalten. Nun kommen die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an die Reihe. Das Wort hat Claudia Sigel.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Ich spreche nun als ich und nicht als Fraktionssprecherin. Vor zehn Tagen, als ich zur Fraktionssitzung ging, hat es bei uns in der Schönenbuchstrasse eine solche Leitung zersprengt. Wir hatten ab drei Uhr nachmittags bis nachts halb Zwölf kein fliessendes Wasser. Das ist ein komisches Gefühl. Man muss dann irgendwann auswärts duschen gehen, man muss an einem Hydranten Wasser holen, man kocht es ab. Es ist ein spezielles Gefühl. Auf die Nachfrage hiess es dann, ja, die Leitung sei älter als 1960. Ja also, man sollte dringend, aber aller dringendst mal von der Gemeinde her Rückstellungen machen und vorwärts machen mit dem Leitungen Sanieren. Es kann nicht sein, dass wir in der heutigen Zeit so etwas erleben müssen. Danke vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Somit ist diese Interpellation beantwortet und als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Interpellation von Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 7.6.2023, betreffend
Entscheidungsprozess «Neue Führungsstrukturen in der Primarschule»
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4674 / A

René Amstutz, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist Interpellant Lucca Schulz, dann Vizepräsident.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich erteile das Wort an Lucca Schulz.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Als Vorbemerkung muss ich sicher mal festhalten, dass diese dringliche Interpellation besser zur vergangenen Junisitzung gepasst hätte. Wir hatten dieses Thema an dieser bereits ausführlich diskutiert. Dennoch bedanke ich mich für die Beantwortung. Sie hat doch auch einige Klarheiten geschaffen. Was ich mich aber noch frage, oder was mir bisher nicht klar ist: Wer war denn nun in diesem Projektteam, ich sage mal vor der Änderung – im Juni gab es doch ziemlich Disruptionen – und wer ist denn jetzt in diesem Projektteam? Weitere Anmerkungen gerne dann nach der Beantwortung.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Vizegemeindepäsident Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohner:innen, liebe Gäste. Lucca Schulz, vielen Dank für diese Fragen. Man hat doch die Projektänderung durchgeführt, weil die externen Projektleiterinnen darauf hingewiesen hatten, –ich erkläre es nachher noch einmal genauer, aber jetzt zu deiner Frage, die du soeben gestellt hast, wer hauptsächlich jetzt drin ist und wer zuvor drin war, auf das zielt es ja ab – weil man gesehen hat, dass es nicht zielführend ist. Man hatte vor allem Angst, dass das Projekt sich gewissermassen in den Details verstrickt und damit abstürzen und vor allem nicht rechtzeitig fertig werden könnte, was uns, und wie wir wissen, dem Einwohnerrat, ein grosses Anliegen ist. Tatsächlich hätte die Interpellation letztes Mal besser gepasst, die hätten wir gerne beantwortet. Der Rat aber ist König, oder wie soll ich sagen, der Rat sagt, wie es läuft. Das kritisieren wir sicher nicht.

Zur alten Struktur: Es wäre ein externer Projektleiter gewesen, der leider aus persönlichen Gründen absagen musste. Danach war es so, es wäre ein Projektteam gewesen, bestehend aus Patrick Dill und Martin Münch. Behaftet mich nicht, Nicole, du sagst, wenn es falsch ist, Nicole wäre dann Präsidentin des Auftraggebergremiums gewesen. Das Auftraggebergremium wäre, ähnlich der Schulraumplanung, wären die Mitglieder des Gemeinderats und die stimmberechtigten Mitglieder des Schulrates gewesen. Man hatte beschlossen, resp. den Antrag gestellt, dem Auftraggebergremium, welches im August zu einem Workshop zusammenkam, erläutert und den Antrag auf die Projektänderung gestellt. Dem haben letztlich beide Räte zugestimmt. Ich weiss es nicht mehr genau, ich meine, es war einstimmig, das trägt aber hier nichts zur Sache bei. Es ergab sich, dass es ein Kernteam aus Projektleitung der Firma bcp AG gegeben hat, das ist Anna Katharina Bertsch und Marisa La Vecchia. Diesem Kernteam angehört habe ich. Und nicht, dass ihr denkt, ich möchte auf alle Schulthemen aufspringen. Es war der Fall, dass Nicole Nüssli aus persönlichen Gründen auf den Vorsitz verzichtet hatte. So war quasi Not am Mann, weil man bereits Termine mit den Projektleiterinnen abgemacht hatte, und man wollte, dass es vorwärtsgeht. Als Ressort Stellvertreter des Ressorts Präsidiales rutschte ich da rein. Sicherlich nicht ganz optimal, dass ich nun Vorsitzender beider Dinge, Führungsstrukturen und auch Schulraumplanung, bin. Es war aber nicht anders möglich, weil es auch noch während der Ferien war, musste man handeln. Man hatte dem Gemeinderat die Frage gestellt, ob er mit mir einverstanden ist, und das Vertrauen wurde mir ausgesprochen.

Jetzt vielleicht noch zur **Beantwortung der Interpellation**. Ich lese vielleicht die Fragen immer vor. Ihr müsst keine Angst haben, ich lese natürlich nicht die kompletten Antworten, denn diese konntet ihr ja bereits lesen. Damit man ein wenig weiss, worum es geht, damit man die Zusammenhänge hat, mache ich es nun auf diese Weise.

Die erste Frage lautet: *Wann hat der Gemeinderat einen Beschluss über den Entscheidungsfindungsprozess getroffen, der Landratsbeschluss erfolgte im Herbst 2022?* Dazu habt ihr alle Daten aufgeführt. Kurz gesagt, letztlich konnte das Projekt im Juli 2023 mit der Durchführung der Interviews endlich starten. Wir hatten vorgängig ja ebendiese Projektleitung neu besetzen müssen. Wir hatten glücklicherweise einen Plan B. Diese haben es aus meiner Sicht ausgezeichnet gemacht.

2. *Wie sieht der Prozess aus?* Hierzu kann ich euch die Eckpunkte des Projekts nennen. Das ist die externe Projektleitung bcp, welche federführend war. Das Kernteam habe ich erklärt: Das bin ich, Franz Vogt, fürs Protokoll, und Patrick Dill. Das Vorgehen hat man nach einer vereinfachten Projektorganisation gewählt. Erstens hat man eine Situationsanalyse durchgeführt, man hat die Ist-Situation, Stärken und Schwächen betrachtet. Das Hauptinstrument dafür, wie zuvor erwähnt, waren die Interviews mit den verschiedenen Stakeholdern. Der zweite Punkt wäre, die Bewertungskriterien zu definieren, zur Beurteilung der möglichen Organisationsstrukturen. Dies hat man getan mithilfe eines methodischen Modells aus der Organisationslehre. Drittens: Die Modelle und Varianten wurden ausgearbeitet, eben von der externen Projektleitung analysiert und mit Vor- und Nachteilen beschrieben. Viertens war es die Bewertung der Varianten, um den Entscheid herbeizuführen.

3. *Wann und wie findet die Vernehmlassung des Schulrates und der Schulleitung statt?* Das ursprünglich auf Konsens ausgerichtete Projekt erwies sich als zu kompliziert und zu aufwendig. Die Gefahr, dass kein Konsens herbeigeführt werden kann, erachtete die Projektleitung als zu gross. Deshalb wurde ein Projektänderungsantrag gestellt, um das Vorgehen zu vereinfachen und zu verkürzen. Diesem Antrag wurde am Workshop vom 16.8. hier im Saal zugestimmt. Ein weiterer, wichtiger Punkt dieses gemeinsamen Workshops war, dass man auch alle Argumente von allen Stakeholdern anhören konnte, also Gemeinderat, Schulrat, sicher der Rektor war dabei und Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung. Ich hoffe, ich habe niemanden vergessen. Das bedeutete, dass der Schulrat angehört wurde. In diesem abgeänderten Projekt hat man gesagt, dass der Gemeinderat einen Vorentscheid zuhänden des Einwohnerrats treffen wird. Man hat anschliessend entschieden, dass der Schulrat einen Mitbericht zuhänden des Einwohnerrats verfassen wird. Ihr werdet hier ja eine Einwohnerratsvorlage erhalten, welchem dieser Mitbericht des Schulrats beigelegt werden wird und natürlich auch der ausführliche Bericht der Firma bcp.

4. *In welchem Bereich der Verwaltung ist das Geschäft angesiedelt?* Wie gesagt, Vorsitzender wäre ich, und neu hat der Schulrat im neuen Projekt der Status eines Sounding Boards, wobei er, eigentlich über das, was wir ihm, also unseren Entscheid, dargelegt haben, anschliessend einen selbstständigen Mitbericht an Sie schreiben.

5. *Was sind die Eckwerte des gemeinsamen Projektes «künftige Führungsstrukturen der Primarstufe Allschwil: Erarbeitung und Evaluation des Führungsmodells»? Wieso ist für eine Entscheidung zwischen drei Modellen ein gemeinsames Projekt nötig?* Die Antwort, die Sie auch hier im Bericht lesen können, ist, dass gemäss Faktenblatt des Kantons die Gemeinden das unter Einbezug der Schulbetreuer analysieren und intensiv darüber nachdenken sollten, welches Modell die ideale Lösung für die eigene Gemeinde ist. Die BKSD geht davon aus, dass die Schulen angehört werden, bevor der Entscheid in den Gemeinden gefällt wird. Dies wird ja dann so sein.

6. *Wurde der Präsident der, für den Bereich Bildung verantwortlichen Kommission darüber informiert?* Das konntet ihr auch hier lesen. Der zuständige Präsident, Simon Trinkler, wurde im Juni 2023 über das Projekt informiert. Am 30. August hat man diese Kommission durch die Projektleitung und mich über das Projekt und den aktuellen Stand sowie das weitere Vorgehen detailliert informiert.

7. *Wie sieht der Zeitplan aus und wie wird gewährleistet, dass dem Einwohnerrat ausreichend Zeit zur Beratung mit zwei Lesungen (Gesetzesänderung) zur Verfügung steht und er damit seiner Pflicht, d. h. sich für ein Modell zu entscheiden, seriös nachkommen kann?* Es ist so, dass es kleinere Änderungen gegeben hat zu dem, was hier steht. Ich lese nun alles vor, so wie der Stand heute aussieht. Das habe ich bereits erwähnt, am 30.8.23 hat man die Ergebnisse der Kommission KKS präsentiert. Am 6.9. wurde die Beurteilung der Modelle und Treffen eines Vorentscheides durch den Gemeinderat gemacht. Der Vorentscheid hat der Gemeinderat getroffen.

Am 11.9. haben wir den Vorentscheid im Schulrat präsentiert. Die Einwohnerratsvorlage steht bis jetzt nicht. Diese werden wir am 20.9. im Gemeinderat verabschieden. Im Unterschied zu dem, wie es hier geschrieben steht, wird der Schulrat einen eigenständigen Mitbericht verfassen.

Am 25.9. wird das Geschäft für die Überweisung an die KKS dem Einwohnerratsbüro übergeben. Die Behandlung im Einwohnerrat wird aber erst in der Dezembersitzung erfolgen, weil es der KKS nicht möglich ist, diese Geschäfte vorher zu bearbeiten. Die Termine, die Sie sich reserviert haben, sind nach der Bürositzung im Oktober. Sie müssen auch – erstens ist es vielleicht mit einer Sitzung nicht getan, der Bericht muss noch geschrieben werden und, nicht zu vergessen, vor der Oktobersitzung sind auch noch zwei Wochen Ferien. Deshalb wird dieses Geschäft erst im Dezember in den Einwohnerrat kommen. Wir gehen davon aus, dass es mit einer Lesung zu erledigen ist, wenn es halt eine Zweite benötigt, ja, dann wird es halt Januar. Was wichtig zu sagen ist, ist, dass es nicht um eine Gesetzesänderung geht, denn jetzt muss der Einwohnerrat einfach den Entscheid für die drei Modelle treffen. Er muss auch nicht unbedingt über die Variante entscheiden. Er muss sich entscheiden, Schulrats-, Gemeinderatsmodell oder Gemeinderat mit Kommission. Wenn sich der Einwohnerrat für eines der Gemeinderatsmodelle entscheidet, wird eine Gesetzesänderung nötig, wofür man ein Jahr Zeit hat, sie vorzunehmen. Es braucht auch eine Revision der Gemeindeordnung. Das Jahr, welches man zur Verfügung hat, braucht es schon, da kann man keinen Schnellschuss machen.

8. Hat die Gemeinde einen Austausch mit anderen, in Grösse und Struktur ähnlichen Gemeinden vorgenommen? Wenn ja, mit welchen Gemeinden? Wenn nein, warum nicht? Die Antwort könnt ihr hier lesen. Man hat sich im Januar im Rahmen des Treffens der Verwaltungsleitenden unter verschiedenen Gemeinden ausgetauscht. Der Austausch war meines Wissens anschliessend nicht mehr gross vorhanden. Es ist klar, jede Gemeinde hat natürlich die eigenen Voraussetzungen. Ich glaube, wir müssen auch ein wenig auf uns schauen, welches Modell zu uns passt.

9. Welche Massnahmen trifft der Gemeinderat, um Interessenkonflikte der am Prozess teilnehmenden Personen auszuschliessen? Ich kann nur mutmassen, aber ich nehme mal an, es wäre darum gegangen, dass im ersten Teil der Schulleiter, also Rektor, eingebunden gewesen wäre, was im zweiten Teil nicht mehr der Fall war. Auch hier, die Antwort habt ihr gelesen: Ein Interessenkonflikt liegt vor, wenn eine an einem Entscheidungsprozess beteiligte Person persönlich, beruflich, finanziell oder als Vertreter einer Institution ein Interesse am Ausgang eines Entscheides haben könnte. Ein Interessenkonflikt im juristischen Sinne liegt, lag nicht vor. Das sind meine Ausführungen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich frage den Interpellanten, Lucca Schulz, an, ob er mit den Antworten zufrieden ist.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Formell bin ich natürlich zufrieden. Inhaltlich teilweise nicht, die überraschen nicht. Wir können aber gerne die Rednerliste eröffnen. Ich würde aber auch jetzt gerne meine Punkte anführen. Vielleicht gleich beim letzten Punkt von dir Franz einhaken, wegen des Interessenkonflikts noch einmal darlegen, wieso diese Interpellation kam. Es zielte auf den alten Prozess ab, um Klarheit zu schaffen, wie er gemacht wurde. Wie ich es nun mit dem Projektteam richtig verstanden habe, war tatsächlich der Plan, dass der Leiter Gemeindeverwaltung und der Schulleiter oder Rektor den Einwohnerrat immer wieder mit Zwischenberichten bedienen. Und Disclaimer: Ich möchte natürlich in keinsten Weise die Integrität von Martin Münch infrage stellen, das ist überhaupt nicht das Ziel oder keineswegs die Sache. Es geht um die Rolle, die man nun mal hat. Ich frage mich schon, wenn diese Reform die Schule ja effektiv betrifft, dann hat doch der Gesamtschulleiter doch klar ein Interesse daran, dass es bei den Führungsstrukturen in die eine oder andere Richtung geht. Ich halte es für schwach, wenn man in zwei oder drei Sätzen sagt, dass es keinen Interessenkonflikt gibt. Man hätte da Compliance-Massnahmen ergreifen können. Es zeigt sich ja bereits jetzt, dass man es offensichtlich geändert hat, dass man sich doch nicht so sicher ist, dass es kein Problem gibt.

Was auch auffällt, der Einbezug von allen Playern ist natürlich richtig, wichtig und gut, dass man es macht, aber man hätte es nicht in diesem Ausmass machen müssen, wie man es getan hatte. Man hätte einfach zur Vernehmlassung auffordern können und dann hätten sowohl Schüler als auch Schulleitung ihre Statements abgeben können. Generell auch hier wieder der Grund für die Interpellation, wieso Abänderung? Ich meine, ihr hättet es verabschieden können, ich glaube, sogar noch vor den Sommerferien. Allschwil benötigt nun vielleicht länger als dieses Jahr. Man muss einfach deutsch und deutlich sagen, dass man ein paar Monate in der Zeit vielleicht vergeben hat. Ich hoffe – ahh, eines muss ich natürlich auch noch erwähnen: Die Frage, wie der Präsident der KKS informiert wurde, am 30. Juni, vielleicht sagt er nachher selbst etwas dazu, aber als zuständige, einwohnerrätliche Kommission über etwas, was eigentlich sein Geschäftsbereich betrifft, wird er – ja, also – ja, um positiv zu

bleiben: Ich hoffe, der Prozess, wie er jetzt aufgegleist ist, funktioniert. Ich hoffe auch, man kann sich nun an den Zeitplan halten. Das wäre auf jeden Fall sehr positiv, wenn man sich daranhalten könnte. In diesem Sinne bin ich gespannt auf weitere Voten.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Gut, Miriam Schaub hat das Wort.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich versuche, mich kurzzufassen, ich versuche auch, mich nicht zu sehr aufzuregen. Ich bin froh, dass eine Projektleitung dem Gemeinderat sagte, und er es dann eingesehen hat, dass es vielleicht ein wenig zu gross aufgeblasen ist. Ich kann es einfach nicht nachvollziehen, dass man dafür eine solche Projektstruktur macht, also vor allem, wir sind nicht bei der Umsetzung. Es geht einfach um den Grundsatzentscheid. Ich bin sehr erstaunt, dass der KKS-Präsident erst am 30. Juni informiert wird, nachdem der Einwohnerrat es bereits am 13. Juni so, wie es der Gemeinderat aufgleisen wollte, abgeschossen hatte. Ich bin auch erstaunt, dass unsere Motion, mit welcher der Gemeinderat beauftragt ist, die Entscheidungsgrundlagen dem Einwohnerrat rechtzeitig vorlegen soll, nicht erwähnt wurde. Ich stelle einfach fest, wir werden wiederum extrem wenig Zeit haben, um es zu beraten. Wir haben hier ganz klar gesagt, wir wollen genügend Zeit. Nun sieht es wieder so aus, als ob wir sie nicht haben. Ich möchte hier auch erwähnen, man hat versucht, die KKS zu informieren, aber es gibt noch gar keine Informationen. Ich möchte einfach noch einmal sagen, man macht ein riesiges Brimborium und das notabene mit Steuergeldern. Ich finde dies absolut nicht okay.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Simon Trinkler.

Simon Trinkler, KKS-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte gar nicht gross weiter darauf eingehen. Einfach, weil es gesagt oder angesprochen wurde, wegen des Termins oder der Zeit, welche die KKS zur Verfügung hat, um das Geschäft zu beraten, ich denke, eineinhalb Monate liegen im Bereich des Notwendigen, um es zu tun, erstens. Zweitens haben wir nach der Besprechung die Termine mit der KKS zusammen festgelegt, aufgrund der Besprechung. Das möchte ich an dieser Stelle einfach so festgehalten haben. Danke vielmals.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Bitte das Mikrofon noch abschalten. Das Wort hat Martin Münch und anschliessend Ueli Keller.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lucca, zur Beruhigung, es gibt noch ganz viele andere Gemeinden, welche auch bislang nicht entschieden haben, welche nicht einmal so weit sind wie wir, das weiss ich leider aus erster Hand. Bezüglich Interessenkonflikt danke ich dir fürs Vertrauen, dass ich mich so integer grundsätzlich hätte verhalten können. Grundsätzlich kann ich sagen, dass aber die Schulleitung, egal welches Modell gewählt wird, gewisse Mehrkompetenzen erhält. In dieser Hinsicht ist das gewählte Modell eigentlich egal, hier gibt es keinen grossen Konflikt. Wir können mit der Struktur des Projekts sehr gut leben, und dürfen unseren Mitbericht abgeben. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Ueli Keller.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe noch eine Zusatzfrage. Ich halte die Übungsanlage, die der Kanton vorlegt als nicht sehr geeignet. Hat man dies in dieser Gruppe oder im Projekt von Allschwil auch diskutiert, dass man es eventuell zurückweisen würde?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Möchte Franz Vogt gleich was dazu sagen?

Franz Vogt, Gemeinderat: Ja, ich beginne am besten gleich von oben, bei Lucca Schulz. Tatsächlich hat man Monate vergeben. Das ist nicht mehr zu ändern. Das ist tatsächlich so, wir hoffen, dass wir es, so gesehen, besser machen. Auch wenn das mit der Information an Simon Trinkler nicht sauber oder nicht ganz klar abgelaufen sein sollte, entschuldige ich mich selbstverständlich an dieser Stelle. Es war kein Vorwurf an die Kommission, dass sie diese Zeit nun benötigt. Es ist nun mal nicht einfach. Man hat Gemeinderatstermin, man hat Bürotermin, dies zieht immer alles in die Länge, das ist ein bekanntes Problem. Das ist einfach so. Ich denke, jetzt hat aber die KKS gut Zeit. Ich bin auch überzeugt, dass sie das sehr seriös erledigen werden. Wir hoffen, dass eine Lesung ausreichen wird. Wie gesagt, wenn sie nicht ausreicht, reicht sie nicht aus, dann machen wir halt eine Zweite.

Wir waren tatsächlich, um Uelis Frage zu beantworten, wir waren tatsächlich keineswegs glücklich über diese Übungsanlage. Es ist, ich muss es leider sagen, wie so oft beim Kanton, wird eigentlich

mehr an sich selbst gedacht, an Kantonsstrukturen und weniger an Gemeindestrukturen. Dass es z. B. eine Gemeinde gibt, die nicht das Departementssystem haben, daran hat man schlichtweg nicht gedacht. Auf Nachfrage hat man es einfach weggewedelt. Wir haben aber nun mal unser Ressort System mit dem Leiter Gemeindeverwaltung. Das ist beim Kanton gar nicht richtig abgehandelt. Dann hoffen wir – wir haben hier, sagen wir, zwei, drei Gänge hochschalten können. Der Eindruck von mir und von allen ist, dass diese Projektleiterinnen ausgezeichnete Arbeit geleistet haben. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir Ihnen eine gute Vorlage bringen können, mit welcher Sie einen fundierten Entscheid treffen können. Dieser fundierte Entscheid ist bedeutungsvoll und sehr zukunftsweisend. Wie zuvor erwähnt, den Entscheid treffen Sie, und niemand sonst.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Simon Trinkler und anschliessend Lucca Schulz.

Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke vielmals. Ich wollte nicht sagen, dass es nicht klar abgelaufen ist. Ich wollte nicht sagen, dass die Information nicht klar abgelaufen ist. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, dass es nicht daran scheitert, dass die KKS am Schluss nicht vorwärts macht. Nicht, dass ein falscher Eindruck entsteht.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön.

Franz Vogt, Gemeinderat: Es war auch nicht so gemeint. Entschuldigung.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Fürs Protokoll: Das war Gemeinderat Franz Vogt. Das Wort hat nun Lucca Schulz.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ganz kurz noch einmal zur Klarstellung bezüglich Rollenkonflikts. Eben, es zielt nicht darauf, jemandem persönlich zu sagen, dass er integer oder nicht integer ist. Es geht darum, dass sich bei dieser Reform ja schlussendlich auch ändert, wer stellt wen an. Deshalb kann doch nicht jene Person, die in einem direkten Verhältnis zu dieser Reform steht oder diese Rolle, die kann doch nicht mitentscheiden oder Grundlagen mit ausarbeiten, was dann kommt. Das hätte jemand anders erledigen müssen, der Gemeinderat. Dann hätte diese betroffene Rolle eine Vernehmlassung oder einen Mitbericht erstellen, aber doch nicht von Beginn weg mitarbeiten. Dies war der Punkt. Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Jean-Jacques Winter, bitte!

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ich habe eine Frage bezüglich Präsentation, wie die Kommission über den ganzen Prozess informiert wurde. Es ist allgemein bekannt und immer wieder wird erwähnt, dass die Verwaltung ausgelastet ist, dass der Gemeinderat gut bis sehr gut ausgelastet ist, dass die Leute überall auf der Verwaltung von Überstunden sprechen. Wir hatten eine Sitzung, rein informativ. Es ging darum, dass wir und die Kommission die Materie zur Kenntnis erhalten, über den Ablauf informiert werden, und dass wir miteinander einen Termin festlegen. Meine Frage geht in diese Richtung. Weshalb ist an diesem Anlass, der rein informativ war, die Verwaltung mit zwei Personen vertreten, der Gemeinderat mit zwei Personen vertreten, die Projektleitung mit zwei Personen vertreten? Zwei Personen der anwesenden Kommission sind im Geschäft involviert als Schulleiter oder als Schulrat. Die hatten es bereits gewusst. Es wurden also vier Personen in der Kommission informiert. Es waren Leute da, acht Leute, welche die Materie kennen, um vier Leute darüber zu informieren. Ist das von der Verwaltung effizient? Ist der Zeitaufwand, der all diese Leute leisten, gerechtfertigt, mit ihren Ressourcen, die sie haben? Zuvor wurde etwas angedeutet, wegen Geld, wegen Steuergeldern. Diese Sitzungen werden für alle Anwesenden bezahlt. Ich wünsche mir doch einfach für die Zukunft, dass man effizienter und nicht jede Aufgabe, jede Personalle doppelt besetzen muss, um ein Grüppchen von Leuten, die jetzt möglichst schnell arbeiten sollen, zu informieren. Mehr als das, was wir dort gehört haben, wissen wir jetzt nämlich weiterhin nicht. Wir warten immer noch auf den Inhalt. Meine Frage ist wirklich: Ist es effizient, dass jede Funktion, Verwaltung, Gemeinderat und Projektleitung uns doppelt informieren muss? Merci.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Rednerliste erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Somit ist diese Interpellation beantwortet und ... Rednerliste ist erschöpft!

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe doch zuvor eine Frage gestellt. Ist der Aufwand gerechtfertigt? Vielleicht erhalte ich eine Antwort. Wäre wunderbar.

René Amstutz, Präsident: Der Gemeinderat hat sich nicht gemeldet.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Dann frage ich Franz Vogt an. Möchte er noch etwas dazu sagen?

Franz Vogt, Gemeinderat: Das mache ich natürlich sehr gerne. Ich muss sagen, wir haben natürlich die Kommission ernst genommen und wollten eben nicht mit der B-Garde anrücken. Aber wir nehmen es selbstverständlich mit. Man hätte wahrscheinlich mit weniger Leute kommen können, das ist so. Ja, ich kann nicht mehr sagen. Wir nehmen das mit. Wir berichten dies in die Verwaltung.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank für diese Antwort. Somit ist die Rednerliste definitiv erschöpft und die Interpellation als beantwortet und erledigt abgeschlossen. Es gibt keine Abstimmung.

Wir machen jetzt Pause bis 20 Uhr. Verdiente Pause! Um 20 Uhr fahren wir fort. Merci vielmals.

PAUSE

René Amstutz, Präsident: Gut, wir machen weiter. Zuerst kommt das Info-Fenster des Gemeinderats.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich wollte Sie noch informieren, dass es beim Präsidium des Schulrats einen Wechsel gab. Gestern Abend meine ich, hat Laura Spielmann als Schulratspräsidentin den Rücktritt als Präsidentin erteilt. Sie bleibt weiterhin im Schulrat dabei. Der Schulrat hat sich neu konstituiert und hat Sebastian Hersberger als neuen Schulratspräsident ernannt. Das einfach zu Ihrer Information. Das gilt ab 1. Oktober dieses Jahres. Vielen Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gemeinderat Robert Vogt, anschliessend Philippe Hofmann.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich darf Ihnen eine Neuigkeit verkünden, welche gar keine Neuigkeit ist. Das Staatssekretariat für Migration fragte noch einmal an, ob sie weiterhin Asylsuchende in unserer Zivilschutzanlage unterbringen können. Wir haben entsprechend im Gemeinderat gesagt, das kann man formlos tun, denn der Vertrag gilt immer noch. Sie können es jetzt formlos verlängern, d. h. weiterhin nutzen und die Plätze, maximal 100 an der Zahl, werden wieder zur Verfügung gestellt.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich habe eine Handvoll Informationen bereit. Der Gemeinderat hat eine neue Kommission. Und zwar ist das die Kommission UNEK, die heisst Umwelt-Natur-Energie Kommission. Wir haben sie per 5. September ins Leben gerufen, hat zum ersten Mal getagt und sich konstituiert. Daraus hervor ging, dass Manuela Stranieri, sie ist Biologin und im Management tätig, Präsidentin ist und als Vizepräsident hat sich Marcus Diacon, welcher Leiter des AUE Basel-Stadt ist, zur Verfügung gestellt. D. h. es gibt nun auch in diesem Bereich eine Kommission, die dem Gemeinderat ständig zur Seite steht und ihn auch in diesen drei Fragen Umwelt, Natur und Energie auch beraten kann. Die nächste Sitzung werden wir im Oktober haben. Da geht es darum, sich intensiv mit Pflichtenheften auseinanderzusetzen, um auch mal zu schauen, welche Themen, die auch zahlreich im Einwohnerrat in den letzten paar Jahren eingeflossen und auch dieses Jahr einfließen, besprochen werden.

Etwas, was ganz speziell ist für Mehmet Can, Thema Notfalltreffpunkt. Ich hoffe, er und der Einwohnerrat auch mögen sich noch daran erinnern. Er hat mal eine Anfrage gestellt, ob es in Allschwil auch einen Notfalltreffpunkt gibt. Das habe ich abschlägig beantwortet und gesagt, so etwas gäbe es im Baselbiet nicht. Tatsächlich hat der Kanton seine Praxis geändert. Es ist so, dass jetzt mit der Sitzung vom 23. August der regionale Führungsstab Allschwil-Schönenbuch informiert wurde, dass wir an vier Standorten in Allschwil und einem Standort in Schönenbuch solche Notfalltreffpunkte einrichten werden. Das ist einerseits bei der Musikschule, Schulhaus Gartenhof, Gemeindeverwaltung, Schulhaus Schönenbuchstrasse und in Schönenbuch beim Eingang der Mehrzweckhalle. Dort werden solche Notfalltreffpunkte eingerichtet. Das Betriebsszenario für einen solchen Notfalltreffpunkt war bis jetzt ausschliesslich das Szenario Stromunterbruch vorgesehen. Dafür wird bestimmtes Material irgendwo zusammengesammelt und bereitgestellt. Bei uns konkret ist das im Tulpenweg. Dort gibt es Generatoren oder Westen, Verkehrsschilder, Funk, was man halt so benötigt, um einen Notfalltreffpunkt auch betreiben zu können. Das ist so konzipiert, dass man eine Tafel hinstellt. Ich habe euch allen eine Mail senden lassen, mit einem Flyer drin, den man anschauen kann, was genau man sich darunter vorstellen muss. Schaut es euch also an, für jene, die es interessiert. Der Betrieb wird so sichergestellt, dass in einer ersten Phase immer die Feuerwehr ist. Denn sie ist gegenwärtig das schnellste Element, das einsatzbereit ist, wird vor Ort sein und Informationen durchgeben können. Sie wird abgelöst durch den Zivilschutz und in subsidiärer letzter Weise kommt die Gemeindeverwaltung zum Zug, falls die vorgängigen Stellen aufgezehrt sind oder anderweitig eingesetzt werden müssten.

Am 13. Oktober gibt es vom Kanton einen Tag der Katastrophenvorbeugung, dabei ist dieser Notfalltreffpunkt auch Thema. Die Idee ist auch, dass man im Anschluss an diesen Tag Ende Oktober einen Tag der offenen Türe, im Sinn von Tag des offenen Notfalltreffpunkts machen. Wie das dann genau abläuft, weiss ich bis jetzt nicht, aber da ist auch der Kanton im Lead. Ich nehme an, ich kann noch einmal informieren oder Sie werden informiert werden. Wie ich erwähnt habe, sind weitere Details dem Flyer, den ich verschickt habe, zu entnehmen.

Dann wieder mal zum Thema Flughafen. Die meisten werden es bemerkt haben, es wird im 2023 wieder – *was gisch was hesch* – geflogen. Ich habe schon mal im Frühling orientiert. Die Zahlen steigen. Durch den Sommer konnten wir es sehen. Es ist, glaube ich, kein Geheimnis, dass wir 2023 wiederum Rekordzahlen haben werden. Der Flughafen Zürich gab bereits ein wunderbares Betriebsergebnis raus. Dies geschieht ja nicht, ohne dass etwas fliegt. Ich erwarte nichts anderes am EuroAirport. Ich möchte aber vor allem informieren, dass der EuroAirport für August Zahlen in Aussicht gestellt, wie sich die Überschreitung der Emissionsgrenzwerte fürs Jahr 2022 darstellen. Dazu habe ich noch kein Material erhalten. Deshalb haben wir auch eine Sitzung mit dem Verwaltungsrat, konkret mit Raymond Cron, einberufen, damit wir zusammensitzen können, um die Zahlen mal zu besprechen. Ich wäre nicht verwundert, wenn es eine Überschreitung geben würde. Das würde mich nun nicht gross aus den Socken hauen. Wenn man sieht, wie geflogen wurde, sehe ich keinen Silberstreifen am Horizont, sondern eher dunkle Wolken, dass es wahrscheinlich auch dieses Jahr der Fall sein wird. Ich bin gespannt auf das kommende Treffen. Ich werde anschliessend entsprechend wieder informieren, was abging.

Nun etwas eher Erfreulicheres, je nach Sichtweise. Im Lettenweg konnten wir die Begegnungszone umsetzen. Dies war mal ein Begehren des Einwohnerrats, das hier besprochen wurde. Es ist nun also umgesetzt. Die Bodenmarkierungen sind vorhanden. Es hat «Schwerter», so heissen die, das sind diese Metallstehlen, an welche man das Velo anbinden kann, und Bodenmarkierungen in unterschiedlicher Färbung wurden angebracht. Die Hoffnung ist damit verbunden, dass man die Verkehrssicherheit zugunsten all dieser Kinder, die dort herumlaufen und sonst noch anderen, die zu Fuss unterwegs sind, verbessern konnten. Vielleicht erhalten wir auch die schleichende Seuche der Elterntaxis besser in den Griff. Dies wäre natürlich sehr erwünscht. Es bedarf etwas Zeit, bis es eingespielt ist. Entsprechend gab es auch diverse Reklamationen. Falls ihr etwas hört, was mehr oder weniger Reklamation oder Kritik ist, gebt es uns bekannt, denn die Polizei wird bis Ende Jahr evaluieren, wie der Betrieb so ist. Wir haben noch keine so grosse Begegnungszone. Es ist die Erste in Allschwil, die so gross ist. Die Ecke an der Pappelstrasse hat natürlich ganz andere Frequenzen. Dementsprechend müssen wir es mal beobachten, Erfahrungen sammeln. Fazit daraus ziehen, werden wir dann im nächsten Jahr.

Noch etwas zur Feuerwehr 24/25, genauer gesagt Feuerwehr 2025 plus, wie es mittlerweile heisst, oder Feuerwehr der Zukunft. Dazu habe ich auch schon ein paar Mal informiert, dass wir stark involviert sind, weil der Kanton eine grundsätzliche Änderung des Feuerwehrwesens vornehmen will. Leider war es, dass der Vorstand von Regionales Leimental Plus nicht den Mut hatte, selbst aktiv zu werden, um eine Lösung hier in der Region zu suchen. Das ist natürlich eine mittlere Katastrophe und eine absolute Bankrotterklärung des ganzen Gremiums par excellence. Es nervt mich richtig. Ich

hoffe, ihr spürt das auch, weil ich sehr viel Herzblut und sehr viel Zeit hineingesteckt habe, um zu versuchen, sehr viele davon zu überzeugen, dass man aktiv werden muss, und nicht warten, bis der Kanton mit einer Lösung kommt und dann nachher reaktiv hinterher stöckeln muss. Schade, ich habe es Nicole immer an der Präsidentenkonferenz gesagt, sie soll sich dafür einsetzen. Das hat sie auch getan und es bestätigt. Aber scheinbar ist man jenseits des Hügels mit tauben Ohren unterwegs. Deshalb hat es nicht geklappt. Das heisst in diesem Fall nun, Gewehr bei Fuss, warten, bis der Kanton etwas entscheidet, und danach müssen wir halt reagieren. Was schade ist, aber ich kann es nicht ändern. Danke fürs Zuhören.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Gibt es weitere Informationen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Fragestunde. Gibt es Fragen aus dem Rat? Dann bitte beim 1. Vizepräsidenten melden.

FRAGESTUNDE

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Florian Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Nur eine Frage: Stand der Abschlussrechnung des Schulhauses – wo stehen wir betreffend die Mängel, die noch offen waren? Es waren immer noch Mängel offen. Es nähme mich Wunder, wie der Stand dabei ist.

Christoph Morat, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, lieber Florian. Diese Abschlussrechnung habt ihr abgenommen. Wir sind noch aktuell am Mangel mit den Storen. Das ist eine leidige Geschichte. Man kann einfach nur sagen, es ist eine wirklich eine leidige, langwierige Geschichte. Wir sind aber an der Sache dran. Momentan können wir keine Aussage machen, welche Konsequenzen es hat. Aber die Schulhausabrechnung wurde abgenommen. Ja. Die Decke, die in den Sommerferien erneuert wurde, war für uns kostenlos. Das war ein Mangel, bei welchem die Firma auch eingesehen hat, dass sie ihn auf ihre eigenen Kosten beheben muss.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön. Gemeinderat Robert Vogt will noch etwas dazu sagen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich möchte einfach im Protokoll vermerken, dass ich für Immobilien zuständig bin, und entsprechend gerne diese Fragen beantworten würde.

René Amstutz, Präsident: Gemeinderat Robert Vogt, gibt es eine Antwort oder nicht?

Robert Vogt, Gemeinderat: Er hat sie bereits gegeben. Danke schön.

René Amstutz, Präsident: Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Dann geht das Wort an Philippe Adam und anschliessend, vorbehalten, dass ich zuvor niemanden übersehen habe, Jean-Jacques Winter.

Philippe Adam, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe eine Frage zur Oberwilerstrasse. Ob das noch im Zeitplan ist? Denn es heisst aus verschiedenen Ecken, dass es sich massiv im Rückstand befindet. Und, wie lange dauert es schlussendlich noch?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Wer von den Gemeinderäten beantwortet diese Frage? Franz Vogt dreht sich, darum erteile ich ihm das Wort.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ja, ich weiss es aber nicht, aber ich werde es nachfragen und die Antwort nachliefern.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals, das Wort hat Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Ich hoffe, ihr habt eine Antwort, denn die Frage habe ich schriftlich eingegeben. Baselmattweg als Bewegungszone. Seit langer Zeit stellt der Abschnitt des Baselmattweg im westlichen Teil für jede Form von Bewegung eine Herausforderung dar. Der Fussgänger ist ohne Trottoir unterwegs, die Velofahrer und Velofahrerinnen müssen Löchern und Rillen ausweichen und die Autofahrenden können die Sitzpolster der Autos testen. Frage: Wie sieht der Zeitplan aus für die Neugestaltung dieses Teils des Baselmattwegs? Bis wann dürfen die zu Fuss Gehenden mit einem sicheren Gehweg rechnen und Velo Fahrende mit holperfreiem Rollgefühl? Merci.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön. Das Wort hat Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Lieber Jean-Jacques Winter, vielen Dank für diese Frage. Ich lese das nun alles vor, mit den vorgesehenen Zeiten, werde es dir aber dann noch per Mail zustellen, dann siehst du das auch. Vorgesehen fürs Trottoir Nord sind – Entschuldigung, das geht nun einen Moment, aber ist egal:

Grabenmattweg bis Grabenmattweg, das ist eine Ringstrasse.

Trottoir Nord ist vorgesehen vom 11. bis 29. September.

Trottoir Nord Grabenmattweg bis Maiengasse vom 2. bis 13. Oktober.

Strassenbau Parkallee bis Quartiertreff Dürrenmatt vom 16. Oktober bis 4. November.

Trottoir und Strassenbau Quartiertreff Dürrenmatt bis Maiengasse ab 6. November bis Ende 2023.

Trottoir und Strassenbau Maiengasse bis Baslerstrasse vom 15. Januar bis 5. Juni 2024.

Die Endabnahme des Projekts ist Ende Juli 24 vorgesehen.

Dann haben wir noch den Grabenmattweg

das Trottoir vom Kindergarten Schlappenmatte bis Tiefgarage bei Haus Nr. 59 ist 18. bis 29. September.

Von Nr. 29 bis Stichstrasse Bachgraben dauert es vom 2. bis 20. Oktober.

Von Stichstrasse Bachgraben bis wieder Baselmattweg 23. Oktober bis 4. November.

Ich sende dir dies noch zu.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön. Ich gehe davon aus, die Wortmeldung von Jean-Jacques Winter ist eine Ergänzungs- oder Erläuterungsfrage, deshalb erteile ich dir gleich das Wort.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Danke schön. Auch dir, Franz, Danke schön, dass ich das auch schriftlich erhalte. Ich habe nicht mitgeschrieben, es war mir zu viel. Ich bleibe im Quartier, ich gehe schnell zum Trämlispielfeld oder Spielplatz Dürrenmatte. Auch dies ist eine Bewegungs- und Begegnungszone. In der Südwestecke, sprich Feldstrasse, haben Mitglieder des Naturschutzvereins, der Vogelschutzverein zusammen mit Interessierten Naturhecken hingestellt zur Aufwertung des ganzen Gebietes. In der Nordwestecke ist ein Grossteil dieser Grünanlage als Depot abgesperrt. Materiallager, Fahrzeugpark, in etwa ähnlich so, wie das Texasareal es war. Es stehen dort richtig schwere Geräte im Wurzelbereich der Bäume. Frage: Ist dieses Depot für die Arbeiten am Baselmattweg oder gibt es noch weitere Dinge, die dort abgelegt werden? Die Lagerstätte im Wurzelbereich der Bäume: mit welchen Beeinträchtigungen für diese Bäume dürfen sie rechnen? Bis wann ist dieser Spielplatz wieder ein Spielplatz? Was kann der Gemeinderat über die Wiederherstellung oder Neugestaltung, hauptsächlich Grün-, Spiel- und Begegnungsanlage noch berichten? Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, ich erteile das Wort noch einmal an Gemeinderat Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ja, das wäre Robert Vogt, der hier die Antwort geben würde.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Prima, dann gebe ich das Wort weiter an Gemeinderat Robert Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Vielen Dank. Für das Ressort Immobilien würde ich es gerne wie folgt beantworten. Wir versuchen, unsere Plätze eigentlich für die Bevölkerung freizuhalten. Es gibt aber halt manchmal Situationen, in denen man mit Baustellen einen Teil eines Areals zur Verfügung stellen muss, damit man dort das Material und Maschinen deponieren kann. Das ist hier beim Dürrenmatt Spielplatz der Fall. Sie können aber versichert sein, dass, sobald die Baustelle geräumt ist, dieser Platz wieder freigemacht und wiederhergestellt wird. Das wird ungefähr bis Juli 2024 der Fall sein.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Noch einmal Jean-Jacques Winter, aber kurz bitte.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ja, ich mach's ganz kurz. Wurzelbereich der Bäume – da stehen Maschinen drauf und schwere Betonelemente. Wie seht ihr das?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Ich gebe das Wort noch einmal an Robert Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank für die Nachfrage. Wir schauen es vor Ort an, damit wir sicherstellen können, dass der Baum keinen Schaden nimmt. Ich würde es mitnehmen, danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Nun hat Ueli Keller das Wort und anschliessend an die Antwort des Gemeinderats Henry Vogt.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir konnten dieses Jahr im Wegmattenpark 32-mal *Allschwil bewegt* durchführen. Es geht nicht nur um Bewegung, sondern auch um Begegnung. Dies führt dazu, dass viele Gespräche mit Menschen von Allschwil stattfinden, die sich für Allschwil interessieren und nicht unbedingt in der Politik oder sogar Einwohnerrat oder Gemeinderat sind. Jetzt. Also, die Leute freuen sich wirklich über den Wegmattenpark. Aber ein Problem z. B. sind die Töffli, welche auf den Wegen herumfahren. Das ist wirklich nicht gut. Ein Ehepaar hatte den Mut, auf den Polizeiposten zu gehen, um sich zu beklagen, dass die Töffli durch den Park preschen können und niemand etwas unternimmt. Dann kamen zwei Polizisten, standen hin [, schauten den Töffli zu und gingen wieder weg. Was meint der Gemeinderat dazu?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Da ich nicht in die Kompetenzen des Gemeinderats eingreifen möchte, frage ich den Gemeinderat gleich selbst, wer Antwort geben möchte. Ich gebe das Wort an Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Danke schön, lieber Ueli, für diese Frage. Ich frage mich zuallererst einmal, ob es überhaupt Gemeindepolizisten, Kantonspolizisten waren. Nein, Spass beiseite. Ich kann es nicht sagen, was der Gemeinderat dazu meint. Wenn Fahrverbot ist, ist Fahrverbot. Das muss nicht ich dazu meinen, es ist das Gesetz, welches dazu was meint. Entweder ist es ein Fahrverbot, man darf nicht durchfahren, dann gilt es für diese Fahrzeuge, oder es gilt eben nicht. Ich kann das nicht vom Schiff aus beurteilen. Wenn es um Elektro Trottinets geht, habe ich schon eine persönliche Meinung. Das kommt aber an anderer Stelle dann später heute Abend. Nein, ich nehme es zur Kenntnis. Wenn das scheinbar ein Ärgernis ist, dass da vermehrt gefahren wird, muss man halt gelegentlich mal öfter Kontrollen durchführen. Mehr kann ich nicht dazu sagen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Henry Vogt hat das Wort und anschliessend Claudia Sigel.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe nun jahrelang nichts mehr gefragt. Nun darf ich wieder einmal. Ich freue mich richtiggehend darauf. Ich komme auch auf meine Standardfrage der letzten Jahre zurück. Jetzt haben wir doch eine so schöne Begegnungszone, wie sieht es eigentlich aus, mit der seit Jahren hängigen und vom Einwohnerrat beschlossenen Insel an der Fabrikstrasse aus, wann wird sie nun endgültig gebaut? Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen? Ich gebe es an Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ja, lieber Henry. Ich kann schon mal so viel sagen, es wird noch einmal eine Einwohnerratsvorlage geben. Die kommt in den Gemeinderat ... die gibt es noch einmal, lass dich überraschen! [Gelächter]

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, dann sind wir alle gespannt darauf. Das Wort hat nun Claudia Sigel und anschliessend Lucca Schulz.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals, Herr Präsident und Herr Vizepräsident. Eine Frage an Philippe Hofmann, ich komme zurück auf die Wasserversorgungsproblematik, vorwiegend jene an der Schönenbuchstrasse. Es ging an besagtem Abend das Gerücht um, dass im 2024 die Wasserleitungen an der Schönenbuchstrasse erneuert werden sollen. Stimmt das?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Das Wort hat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ja, liebe Claudia. Ich kommentiere grundsätzlich keine Gerüchte, sonst mache ich mich selbst zum Gerücht. Mir ist bekannt, dass dort Sanierungsbedarf besteht, das kann ich sagen. Wann genau es der Fall sein wird, kann ich mitnehmen, dann kann ich es mal gezielt beantworten, was genau der Plan ist. Wie erwähnt wurde, haben wir an ganz vielen unterschiedlichen Ecken Handlungsbedarf bei den Graugussleitungen. Ich selbst habe gesehen, dass es geknallt hat. Dementsprechend zeigt es nur, wie dringlich es eigentlich ist, dass wir Investitionen tätigen müssen. Wann genau es stattfinden wird, kläre ich ab und sage ich dir.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Jetzt hat Lucca Schulz das Wort und anschliessend Andreas Bärtsch.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es sind seit über einem Jahr zwei Interpellationen betreffend das Spannungsverhältnis Gemeinderat / Schulrat hängig. Kann ich davon ausgehen, dass die Beantwortung dieser Interpellationen mit der GPK terminiert wird? Sie hat schliesslich gleichzeitig auch eine Untersuchung zu diesem Spannungsverhältnis gestartet.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön vielmals. Nicole Nüssli macht sich bereit, du hast das Wort.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Danke vielmals. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich kann nur so viel sagen, dass die Antworten mittlerweile stehen. Gerade heute konnten wir auch noch die Antworten des Schulrats in diesem Sinne integrieren. Es wird, wenn ich es korrekt im Kopf habe, für die nächste Einwohnerratssitzung traktandiert werden.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Das Wort hat nun Andreas Bärtsch, anschliessend Niklaus Morat und dann Pascale Uccella.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Zuerst, Jean-Jacques Winter, herzlichen Dank für deinen Vorstoss zum Baselmattweg. Ich kann also bestätigen, die Single Trails in Davos sind in besserem Zustand als der Baselmattweg in Allschwil. Ich habe vier Fragen, sie wurden schriftlich eingereicht. Zur ersten: Wann ist geplant, die mit der Bürgergemeinde vertraglich vereinbarten Allee entlang der Spitzwaldstrasse im Bereich vom QP Sturzenegger zu erstellen?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, ich erteile das Wort an Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Lieber Andreas Bärtsch, vielen Dank für diese Frage. Die Allee wurde im Mai 2023 erstellt. Dann hat man aber gesehen, dass es Qualitätsprobleme gibt und unsere Mitarbeiter vom Werkhof sie abgelehnt haben, zu übernehmen, weil offensichtlich Mängel vorlagen. Dann gab es auch noch Sturmschäden. Somit haben gesamthaft vier Bäume entfernt werden müssen. Ich kann dich aber beruhigen, die neuen Bäume werden anfangs November neu gepflanzt. Vorher ergibt es keinen Sinn. November ist eine ideale Pflanzzeit, denn dann können sie die Feuchtigkeit des Winters mitnehmen. Jetzt wäre es viel zu heiss. Eine zweite Möglichkeit wäre im Frühling, wie man es schon getan hat. Wobei Mai bereits sehr spät ist. Das Problem, dass es ab Frühling warm wird, hat man immer. Die ideale Pflanzzeit ist im November. Dann wird es auch gemacht. Es ist auch mit der Bürgergemeinde finanziell geklärt. Sie muss es berappen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Prima. Sorry, ich wollte dich zuvor nicht unterbrechen. Nun hat das Wort Niklaus Morat und anschliessend Pascale Uccella. – Ah, Entschuldigung, das Wort hat noch einmal Andreas Bärtsch. Das habe ich vorher übersehen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Herzlichen Dank, Franz, für die Beantwortung. Ich hoffe einfach, sie bringen gleich sechs Bäume, denn die zwei, die noch dort stehen, sind auch schon verdorrt. Kannst du vielleicht weitergeben. Zur zweiten Frage: Wann und wie ist von der Gemeinde geplant, die Vorgaben der Lärmschutzverordnung im Bereich der Parkallee und Spitzwaldstrasse umzusetzen, sodass für alle betroffenen Liegenschaften Grenzwerte eingehalten werden? Also im Prinzip Fluglärmthematik im Strassenraum, also im Kleinen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Prima. Wem aus dem Gemeinderat darf ich das Wort erteilen? Es drängt sich gerade niemand auf. Ist vielleicht eine Sache des Tiefbaus, Robert Vogt? Okay, es wurde mir eben gesagt, Franz Vogt sei zuständig. Dann gebe ich ihm das Wort.

Franz Vogt, Gemeinderat: Also für Lärmschutz war ich bis jetzt nie zuständig, aber selbstverständlich, es geht um Strassen. Kannst du das übernehmen, Philippe?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, dann erteile ich das Wort an Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Danke vielmals. Ich kann das gerne entgegennehmen, aber ich habe keine Antwort darauf. Ich habe keine erhalten, genauer gesagt, diese Frage wurde gar nicht gestellt. Insofern ist es gut, auch diese nehmen wir mit und tun es, wenn es umgesetzt ist, was der Plan ist, wie es läuft.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Prima, dann warten wir noch auf die schriftlichen Antworten. Dann noch einmal Andreas Bärtsch für seine dritte Frage, wenn ich richtig mitgezählt habe.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ganz kurz kommentieren vom Verhalten des Gemeinderats: es entspricht ein wenig dem Vorgehen in der ganzen Geschichte. Ich hoffe, ihr nehmt die Hinteren nach vorn und findet mal eine Lösung. Zur dritten Frage: Die weiteren Sitzungen für das Begleitgremium Zonenplanrevision wurden schon mehrfach nach hinten verschoben. Hier stellt sich mir als Mitglied dieses Begleitgremiums die Frage: Wo klemmt es, denn eigentlich sollten wir schon beinahe an der Umsetzung sein?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Prima. Dann erteile ich das Wort an Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Danke schön auch für diese Frage. Tatsächlich könnte ich nun die Schuld auf den Kanton abschieben. Wir haben das Zonenreglement Siedlung zur Vorprüfung dem Kanton übergeben. Der Kanton lässt verlauten, dass, weil eben gerade mehrere Gemeinden im unteren Baselbiet an den Zonenplänen arbeiten, sind sie natürlich persönlich sehr stark eingespannt. Ich habe zuvor schnell in die Agenda geschaut, ich meine, im Oktober ist die nächste Sitzung, da könnte es tatsächlich sein, dass wir bis dann den Zwischenbericht des Amts für Raumplanung auf dem Tisch haben. Es gab schon ein paar Besprechungen, aber es ist noch nicht so weit, sie sind bisher nicht fertig. Der Grund liegt tatsächlich im hohen Arbeitsaufwand beim Amt für Raumplanung, weil wirklich mehrere Gemeinden gleichzeitig an der Zonenplanung sind.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Dann noch einmal Andreas Bärtsch für die vierte und letzte Frage.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ja, die ist eigentlich kurz und sec. Wie ist der Stand bei der Schulraumplanung? Aber dazu hören wir wahrscheinlich nachher bei der dringlichen Interpellation etwas, die beantwortet wird.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut. Ich erteile das Wort dem Gemeindevizepräsidenten Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Wenn wir auch nachher noch einmal detailliert darauf ein. Ich möchte trotzdem den Stand schon nennen. Die Schulraumplanung befindet sich unmittelbar vor der Zielgeraden. D. h. die ersten sechs Meilensteine konnten in den vergangenen Monaten durch das Auftraggebergremium, das ja aus den Mitgliedern des Gemeinderats und den gewählten, stimmberechtigten Mitgliedern aus beiden Schulräten, von der Primarschule und Musikschule besteht, beschlossen werden.

Die Auftraggeber kennen also die rechtlichen Vorgaben und Handlungsspielräume der Gemeinde, das war Meilenstein 1.

Sie haben die strategischen Ziele der Schulraumplanung festgelegt in Meilenstein 2.

Sie haben den bestehenden Schulraum analysiert, in M3.

Sie kennen die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer und den Bedarf für den künftigen Schulraum, M4 und M5.

Sie haben die strategischen Lösungsvarianten beschlossen, Meilenstein 6.

Über den strategischen Lösungsentscheid haben wir euch und auch die Bevölkerung bereits informiert. Ausstehend ist noch die Verabschiedung der Gesamtstrategie für die kurz-, mittel- und langfristige Schulraumplanung. Diese wurde gestern, Dienstag, im Steuerungsausschuss besprochen und wird am 26.9. im Auftraggebergremium behandelt und hoffentlich auch beschlossen. Danach möchten wir euch Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte umfassend über das Projekt und die Gesamtstrategie informieren, und zwar in der Novembersitzung.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat nun Niklaus Morat und anschliessend Pascale Uccella.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Besten Dank. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Meine Frage konnte ich nicht vorher versenden, weil ich erst heute darüber informiert wurde. Nämlich zuvor im Info-Fenster. Ich habe gehört, dass es den Präsidiumswechsel im Schulrat gab. Wir haben an der konstituierenden Sitzung 2020 in einem Gentlemen's Agreement – ich hoffe, es gibt hierzu kein besseres Wort, damit ich gendere – festgelegt, wer die Präsidien der fünf ständigen Kommissionen übernimmt, inkl. Sozialhilfebehörde und Schulrat. Nun gab es offensichtlich einen Wechsel. Ich möchte eigentlich von der zuständigen Gemeinderätin, die im Schulrat sitzt, Silvia Stucki, wissen: Kennt man die Gründe von diesem Präsidiumswechsel? Vielleicht ist das Gentlemen's Agreement gar nicht mehr so dramatisch. Vielen Dank.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, damit erteile ich das Wort an Gemeinderätin Silvia Stucki.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte, geschätzter Nikki. Selbstverständlich liegen dem Schulrat die Gründe vor. Diese sind aber nicht an dieser Stelle zu erwähnen. Gentlemen's Agreement, auch darauf wurde hingewiesen. Ich konnte mich leider nicht mehr ausdrücken. Die Gründe liegen vor, aber es nicht der Ort, an dem ich das äussere, es ist wirklich innerhalb des Schulrats. Ich erachte es aber als richtig und wichtig, dass man über das Gentlemen's Agreement hier vielleicht wirklich nochmals nachdenkt. Besten Dank.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Als Zusatzfrage dazu: Es gibt aber nun keinen Wechsel in der KBU, dass die FDP da auf das Präsidium verzichtet?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, da bin ich nun selbst überfragt, wem vom Gemeinderat ich das Wort erteilen kann. Dann lassen wir es offen und nehmen es als Bemerkung entgegen. Dann hat das Wort nun Pascale Uccella und anschliessend noch einmal Henry Vogt.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, ich hätte eine Frage. Ich könnte das, wegen des Präsidiums, beantworten, denn das wird eigenständig gemacht, das wird nicht hier im Einwohnerrat abgestimmt, sondern das macht der Schulrat selbst. Hier wird nämlich nur der Schulrat gewählt und nicht das Präsidium. Das ist nun einfach so, Entschuldigung. Philippe Hofmann, ich hätte eine Frage an dich. Du bist heute ein wenig ein Armer, du kommst ein wenig dran. Mir wurde nahegelegt, oder besser gesagt, mir hat jemand erzählt, dass sie auf die Gemeindepolizei angerufen hat, und es geht um die Parkraumbewirtschaftung. Dann sagte sie, sie hätte ein Problem, wie sie das machen soll. Sie hat ein Auto von den Eltern und auf dieses Auto natürlich kein Parkraumbewirtschaftungskärtli, bzw. Zuständigkeit, weil es eine Basel-Stadt-Nummer ist. Sie fährt natürlich den ganzen Tag da herum. Dann hat sie gefragt, wie das sei, ob sie die Möglichkeit hat für dieses Kärtli. Die Antwort war: Nein, das gibt es nicht, aber es spielt keine Rolle, wir kontrollieren das ohnehin nicht. [*Gelächter im Hintergrund*] Also, Entschuldigung, wenn ich solche Aussagen höre, dann muss ich sagen, dann habe ich ein wenig Mühe. Ich stelle nun einfach die Frage: Wird das wirklich nicht kontrolliert oder nur dort, wo die Kantonspolizei kontrolliert, aber das hat mit unserer Parkraumbewirtschaftung nichts zu tun? Ich finde solche Aussagen natürlich sehr schwierig. Die gute Frau parkiert nun, seit es die Parkraumbewirtschaftung gibt, mit der BS-Nummer, immer schön in der blauen Zone, und sie hat noch nie eine Busse erhalten. – Ähm, Richtung Dorf!

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, da bin ich nun selbst ganz Ohr und erteile das Wort an Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, liebe Pascale. Danke auch für diese Frage. Das nehme ich natürlich auch mit. Ich selbst muss auch lachen ob dieser Antwort. Selbstverständlich machen wir Kontrollen. Es gibt diverse Leute hier, die das bezeugen können. Ich kam selbst auch schon fast haarscharf in den Genuss. Das wird tatsächlich durchgeführt. Ich stelle mir eine ganz andere Frage. Wenn das Auto den ganzen Tag von ihr gefahren wird und aber auf Baselbieter Boden steht, dann sollte man dringend mal einen Halterwechsel mit neuem Nummernschild nachvollziehen, wegen Immatrikulation, wegen der Versicherung. Aber das hat nun damit nichts zu tun. Aber ich würde das dringend anraten, zu tun. Selbstverständlich kontrollieren wir solche Dinge. Das ist doch klar. Die Gemeindepolizei nimmt ihren Auftrag wahr. Die ist wirklich unterwegs. Man schaut, ob die Halter hier sein dürfen oder nicht sein dürfen, ob die Fahrzeuge korrekt und lang genug parkiert sind etc., das findet statt. Ja. Also, solche Aussagen kommentiere ich nicht. Fürs andere würde ich gerne weitergeben bezüglich korrekter Immatrikulation von Fahrzeugen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke schön vielmals. Dann hat das Wort noch einmal Henry Vogt und anschliessend Mehmet Can. – Henry?

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ohhh, mein Rednerdrang ist so gross, dass ich es schon beinahe vergessen habe. Ich habe noch einmal eine Frage. Jetzt hat man doch noch ein paar Mal darüber schlafen können, nach der doch desaströsen Vorstellung vor ca. 300 Menschen dieser Gemeinde hier in der Aula betreffend Binnerstrasse, was, muss ich sagen, ganz übel war, ist meine Frage: Fährt der Gemeinderat nun stur den Kurs weiter oder werden doch bereits jetzt schon Änderungen vorgenommen?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen? Somit gebe ich das Wort an Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ja, lieber Henry, man kann diesen Eindruck gewinnen. Der Gemeinderat ist froh, dass sich kritische Stimmen so früh äusserten. Selbstverständlich, das Projekt ist ein Kantonsprojekt. Der Regierungsrat, das hat man der Medienmitteilung auch entnehmen können, stellt im Landrat den Antrag für den Planungskredit. Das ist aufgegleist. Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats Allschwil, dem Regierungsrat zu sagen, was er auf kantonalen Ebene zu tun hat. Das Ganze ist ein Kantonsprojekt. Insofern muss man diese Frage vielleicht den Landräten stellen oder vielleicht einem Regierungsrat, wenn du Zugang zu einem hast.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Nun bin ich mir nicht ganz sicher, ob Nicole Nüssli auch noch etwas sagen wollte. Das ist nicht der Fall. Dann hat nun Mehmet Can das Wort.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich möchte ich eineinhalb Fragen stellen, denn die Hälfte meiner Frage hat Pascale Uccella bereits gestellt. Und zwar geht es um die Parkraumbewirtschaftung. Es geht lediglich um die auswärtigen Kennzeichen, die in Basel eingelöst sind, aber in Allschwil parkieren. Insbesondere z. B. die Kurierfahrzeuge. Ich gehe mal davon aus, der hat doch keine Parkraumbewirtschaftungskarte, genauer gesagt keine Parkkarte. Nun wohnt er in Allschwil, aber parkt jeden Tag dort. Erstens darf er gar nicht dort rein, weil Zubringerdienst. Und zweitens bekommt er keine Karte. Wie wird das gehandhabt?

Meine zweite Frage, oder die Hälfte meiner Frage ist: Wie machen es Leute mit einem Wohnmobil oder Camper, wie lange dürfen die überhaupt in einer blauen Zone parkieren? Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Ich gehe davon aus, dass es ins Ressort von Philippe Hofmann fällt und erteile ihm das Wort.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat, lieber Mehmet Can. Danke vielmals auch für diese Fragen. Zum ersten Teil der Frage: Doch, das ist möglich. Solche Fälle gibt es ja z. B. eben, wenn man bei einer anderen Firma arbeitet, aber der häufigste Lenker ist, dann gibt es einen Eintrag im Fahrzeugausweis, dass man dieser ist. Wenn man dann in Allschwil wohnt, darf man das Fahrzeug auch tatsächlich hier abstellen. Bei Ausserkantonalen gibt es dieses Problem nicht. Wenn ich z. B. bei der Firma Meier & Tobler arbeite, welche, weiss nicht, wo sie ihre Werkstatt hat und dort habe ich das Auto, und dies benötige ich ja zum Arbeiten, es hat aber z. B. eine Aargauer Nummer, dann wohne ich jedoch in Allschwil, dann wird es aber so gelöst, hätte ich gemeint, dass dann ein Eintrag im Fahrzeugausweis erhält, wer der häufigste Halter ist und wo er wohnt. Bzw., glaube ich, sogar eine andere Nummer, die eben ans Fahrzeug kommt, eine Baselbieter Nummer. Somit ist das dann korrekt abgebildet. Dieser Fall ist machbar, der ist nicht machbar. Das ist nicht etwas, was fremd ist, solange es ein in der Schweiz eingelöstes Fahrzeug ist, also mit Schweizer Kennzeichen.

Zubringerdienst ist übrigens erlaubt. Man darf in den Zubringerdienst fahren, um einen Parkplatz zu suchen. Das ist nicht verboten. Wegen des Wohnmobils: Ein Wohnmobil darf meiner Meinung nach in der blauen Zone eine Stunde lang sein, wie alle anderen auch. Wenn es eine Parkkarte hat, nehme ich an, dass es auch so ist, dass es länger dort stehen darf, oder so. Vielleicht gibt es gewisse Restriktionen. Hallo, Cemi winkt und sagt, das sei anders. In diesem Fall frage ich ihn gleich mal schnell, dann kann er mir das nachher erzählen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Jetzt, Mehmet hast du das Wort noch einmal, oder? - Entschuldigung, nun bin ich durcheinandergelassen. Das Wort hat noch einmal Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Danke vielmals, an dieser Stelle, Cemi Thoma, für die Erklärung. Also, gemäss Reglement – er kennt die Reglemente in- und auswendig, wie man sieht, ich weniger – ist es verboten, das Wohnmobil länger als eine Stunde in der Zone stehenzulassen. Sie können auch keine Parkkarte erwerben. Habe ich es richtig wiedergegeben? Cemi nickt. In diesem Fall wird es so sein.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, noch einmal Mehmet Can. Aber ich möchte darauf hinweisen, wir haben nachher noch die dringliche Interpellation zu behandeln. Also bitte kurzfassen.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Danke schön, ich mache es ganz kurz. Das mit dem Halterwechsel und Lenker, das ist möglich. Aber wie ist es denn, wenn das Fahrzeug auf das Geschäft eingelöst ist und das Geschäft ausserhalb des Kantons Basel-Landschaft ist? Danke.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, diese Fragen gehören eigentlich in die Hände eines Anwalts. Ich gebe das Wort trotzdem noch einmal an Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich versuche es auch mit ganz wenig juristischer Erfahrung. Es ist tatsächlich möglich. Genau in diesem Fall, wenn es eben irgendwo sonst in der Schweiz eingelöst ist und das Fahrzeug gehört von einer Firma, dann kommt eben die Person, die in Allschwil wohnt und es als Dienstwagen benutzt und damit über Nacht auch abstellt, gibt es die Möglichkeit, die man im Fahrzeugausweis vornehmen kann, dass es dann eben auf diese Weise lösbar ist. Wir hatten mehrere solche Fälle, die wir gelöst haben, es ist irgendwie machbar. Der exakt genaue Kniff, wie es geht, kenne ich nicht. MFK ist für mich ein Buch mit sieben Siegeln. Aber es funktioniert und ist legitim und entspricht unserer vorhandenen Gesetzgebung.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, nun ist die Fragestunde erschöpft.

René Amstutz, Präsident: Merci vielmals. Bevor wir nun zur dringlichen Interpellation gehen, habe ich nur schnell eine kurze Information. Die Petition gegen die geplante Erschliessung des Neubauprojektes Neuweilerstrasse über den Strengigartenweg wurde nun offiziell im Einwohnerratsbüro abgegeben. Das Büro wird sich damit an seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

René Amstutz, Präsident: Jetzt kommen wir zur dringlichen Interpellation, die nun aufgelegt ist, Danke vielmals.

Geschäft 4687, **Dringliche Interpellation Schulraumplanung** von Lucca Schulz.

Möchte der Interpellant zuerst etwas sagen, oder gehen wir direkt zu den Antworten des Gemeinderats? Dann also direkt zu den Antworten des Gemeinderats. Franz Vogt, bitte.

Franz Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank, Lucca Schulz, für die Fragen. Ich glaube, sie brennen allen unter den Nägeln. Ich werde sie natürlich sehr gerne beantworten.

Frage 1 *Wieso wurde – obwohl oberstes Ziel – nun doch nicht eine Einstimmigkeit aller Player herbeigeführt? Was sind aus Sicht des Gemeinderates die Gründe, dass der Schulrat und die Schulleitung sich nicht der Strategie des Gemeinderates anschliessen können?*

Der Gemeinderat, der Schulrat und der Musikschulrat sowie die Vertreter der Gemeindeverwaltung, der Schulleitung und der Musikschulleitung haben seit August 2022 in einem gemeinsamen Prozess auf der Basis von bereits vorliegenden Zwischenergebnissen alle wesentlichen Inhalte für die strategische Schulraumplanung 2023 bis 2037 erarbeitet und besprochen und verabschiedet. Insbesondere haben sie als Auftraggebergremium die strategischen Ziele der Schulraumplanung aus dem Leitbild der Gemeinde Allschwil, Zukunft Allschwil, Leitbild der Primarstufe Allschwil und dem Leitbild der Musikschule Allschwil hergeleitet und festgelegt. An diesen strategischen Zielen wurden die strategischen Lösungsvarianten beurteilt. Damit die strategischen Lösungsvarianten beurteilt werden konnten, ob in welchem Ausmass die strategischen Ziele erfüllt werden, hat das Auftraggebergremium vorgängig Bewertungskriterien aus den strategischen Zielen abgeleitet und festgelegt. Das Auftraggebergremium hat wieder den Steuerungsausschuss, bestehend aus dem Gemeinderat Franz Vogt, – fürs Protokoll, das bin ich, «ich» reicht nicht unbedingt, doch man hat es zu Beginn gesagt, stimmt, ich hätte «ich» sagen können – Schulrat Sebastian Hersberger, Musikschulratspräsident Urs Pozivil, dem

Leiter der Gemeindeverwaltung Patrick Dill, dem Rektor Martin Münch und dem Musikschulleiter Christian Thurneysen, beauftragt, die strategischen Lösungsvarianten mit diesen festgelegten Kriterien zu beurteilen.

Der Finanzierungsausschuss liess die finanzielle Tragbarkeit und Auswirkungen auf die räumliche Entwicklung durch die Fachexperten, Jesse van Rijswijk, Finanzen, und Jürgen Johner, Bau, beurteilen. Die Bewertung des Steuerungsausschusses und der erwähnten Fachexperten ergab, dass zwei strategische Lösungsvarianten mit drei Primarschulstandorten und eine Lösungsvariante mit vier Primarschulstandorten sehr nahe beieinander liegen. Wobei die strategische Lösungsvariante mit drei Primarschulstandorten die strategischen Ziele pädagogisch, betrieblich, nachhaltig, finanziell in einer Gesamtbeurteilung besser erfüllt. Die Beurteilung zeigte auch, dass nur die Lösungsvariante mit drei Primarschulstandorten mit dem Investitionsvolumen von unter 90 Mio. Franken, +/- 20 % ... – Tatsächlich sind es wahrscheinlich +/- 25 %, hier steht 20 %, aber das ist vermutlich ein Fehler, wir sind noch auf hoher Flughöhe, also ist +/-20 % wahrscheinlich nicht realistisch. – dass diese 90 Mio. finanziell eben tragbar sind. Das Investitionsvolumen für die Lösungsvariante mit vier Primarschulstandorten übersteigt die Grenze von 90 Mio. deutlich, weshalb die entsprechenden Investitionen für die Gemeinde langfristig finanziell nicht tragbar sind und künftige Generationen belasten würden.

In Kenntnis dieser Beurteilung hat das Auftraggebergremium entschieden, dass der Gemeinderat als politisch strategisches Gremium der finale Entscheid fassen soll. Über die Beweggründe des Schulfachrats, diesen finalen Entscheid zur strategischen Lösungsvariante an den Gemeinderat zu delegieren, kann sich der Gemeinderat nicht äussern.

Frage 2 Was waren betreffend Standorte, Pausenplätze, Turnhallen, Klassenzimmer und Übergangslösungen die Resultate beziehungsweise Zwischenergebnisse des ersten Projekts der vorherigen verantwortlichen Projektleiterin?

Im vorgängigen Projekt wurden Varianten mit den bisherigen drei Primarschulstandorten, Gartenhof, Neuallschwil und Schönenbuchstrasse, und dem neuen Standort Bettenacker geprüft. In der bevorzugten Variante hätte am Standort Neuallschwil von 22 auf 28 Primarschulklassen erweitert und der neue Standort Bettenacker für 28 Primarschulklassen inkl. mindestens zwei Turnhallen erstellt werden sollen. Die Klassenzimmer und Pausenplätze waren auf die entsprechende Anzahl Klassen ausgerichtet. Die Grundlage für die Anzahl Klassen war die damals vorliegende Schüler- und Klassenprognose. Über diese Klassenprognose bestand allerdings keine Einigkeit. Wie sich im Herbst 2022 herausstellte, basierte die von Eckhaus AG erstellte Klassenprognosen auf einem Modell, welches den kantonalen Vorgaben für die Klassenbildung nicht entsprach. Die heute vorliegenden Ergebnisse auf der Grundlage der aktuellen, allseits akzeptierten Schüler- und Klassenprognosen und vertieften Analysen des Ist-Zustands, der Bedürfnisse und des Raumbedarfs zeigen, dass am Standort Bettenacker ein Schulhaus für maximal 18 Primarschulklassen erstellt werden müsste. Eine gleichzeitige Erweiterung des Standorts Neuallschwil für zusätzliche sechs Klassen wäre aufgrund der erwähnten aktuellen und mit den kantonalen Vorgaben übereinstimmenden Grundlagen nicht notwendig.

Die Realisierung der damals bevorzugten Variante hätte einerseits mit dem Bau des Schulhauses Bettenacker als auch mit der Gesamtanierung der Gartenstrasse begonnen werden sollen. Nach Inbetriebnahme des neuen Schulhauses Bettenacker hätte das Schulhaus Neuallschwil saniert werden sollen. Der Raumbedarf während der Sanierung der Gartenstrasse hätte aufgrund der Einschätzungen aus baulicher Sicht kurzfristig durch die Verdichtungen in den Schulhäusern Neuallschwil und Schönenbuchstrasse abgedeckt werden können. Anschliessend hätten die Schülerinnen und Schüler des Schulhauses Neuallschwil ins neue Schulhaus verschoben werden sollen. Ob provisorischer Schulraumbedarf mittel- und langfristig notwendig geworden wäre, konnte nicht abgeschätzt werden. Entsprechend gab es dazu keine Kostenschätzung.

Frage 3 Was ist nun betreffend Übergangslösung angedacht?

Mögliche Übergangslösungen sind angedacht, aber bisher nicht durch das Auftraggebergremium beraten und beschlossen. Deshalb ist es zu früh, um diese Frage beantworten zu können.

Frage 4 Wann wird der Einwohnerrat über die Strategie umfassend informiert?

Wie zuvor erwähnt, beabsichtigt der Gemeinde, den Einwohnerrat in der November-Sitzung im Rahmen des Info-Fensters über die Gesamtstrategie 2023 bis 2037 zu informieren.

Frage 5 Ist ein Plan B vorgesehen, sollte die Schulraumplanung im Einwohnerrat oder bei einer allfälligen Abstimmung durchfallen?

Die Lösungsvarianten mit vier oder sogar fünf Primarschulstandorten kann sich die Gemeinde aus finanzieller Sicht gemäss Einschätzung der Fachexperten nicht leisten. Diese Lösungsvarianten übersteigen das langfristig finanziell tragbare Investitionsvolumen von 90 Mio. Franken deutlich. Deshalb ist aus finanzieller Sicht nur eine Lösungsvariante mit drei Standorten möglich. Bei einer Ablehnung müsste der für die Primarschule benötigte Schulraum auf lange Zeit mit Provisorien sichergestellt werden, welche im Rahmen der finanziellen Tragbarkeit liegen.

Frage 6 Inwiefern könnten die Ergebnisse Stand 2022 dazu berücksichtigt werden?

Die damals vorgeschlagene Lösung mit einem neuen Primarschulhaus auf dem Bettenacker, dem sanierten und erweiterten Schulhaus Neuallschwil, sowie dem gesamtsanierten Gebäude an der Gartenstrasse und an der Baslerstrasse 255, hätte Investitionskosten von 149 Mio. +/- 30 % verursacht. Diese liegen weit über der maximal finanziell tragbaren Investitionssumme von 90 Mio. Franken.

Das wären meine Ausführungen.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank für diese Antworten. Möchte der Interpellant etwas dazu sagen? Lucca Schulz.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es gäbe ganz vieles zu sagen. Das denken wahrscheinlich viele. Ich picke die wichtigsten, die aus meiner Sicht wichtigsten Punkte heraus und habe auch eine, zwei Rückfragen. Zuerst möchte ich – ich möchte es nicht zu polemisch halten – aber zuerst möchte ich mal den Gemeinderat fragen, was denkt er denn, was belastet die zukünftigen Generationen mehr, nicht optimalen Schulraum oder 20 Mio. Mehrkosten? Was denkt er, was ist für die kommenden Generationen wichtiger? Die zweite Bemerkung, die 90 Mio., die kann man schon ins Feld führen, dann muss man doch einfach fair sein und festhalten, es ist einfach eine Zahl, die gesetzt wurde, eine Benchmark, die man gemacht hat, man hätte auch eine andere Zahl nehmen können. Wieso nicht 95, wieso nicht 85? Gut, man hat nun diese 95 genommen, aber in Stein gemeisselt ist es nicht. Es ist nicht zwingend, dass es 90 Mio. sein müssen, sondern das war ein politischer Entscheid, das muss man festhalten.

Dann bei Frage 1 wurde nicht beantwortet, welches denn nun aus Sicht des Gemeinderats die Gründe sind, weshalb die anderen Player dem nicht zugestimmt haben. Man hat sehr vieles sehr interessant erzählt, aber was denn nun aus seiner Sicht die Gründe sind, der Schulrat und auch der Schulleiter, Gesamtschulleiter, haben doch nicht aus der Redoute gesagt, sie können es nicht mittragen. Ich hätte schon gerne ein wenig eine Reflexion gehabt.

Bei der Vierervariante, das mit den vier Standorten, werden jetzt Zahlen bezüglich der Kosten in den Raum geworfen. Das ist nun natürlich sehr schwierig, ihr sagt es mündlich, das zu verstehen. Wenn man sich aber im Vorhinein ein wenig per Google schlau gemacht hat, sieht man, dass die Kosten von Schulhäusern zwar teurer wurden, als natürliche Person, aber dieses Schulhaus hat man für 70 Mio. gebaut, und es ist ein riesiges Schulhaus. Ich fand im Internet Berichte gefunden von Schulhäusern, die man zwischen 20 und 30 Mio. baute. Und nun will man sagen, dass 90 Mio. für eine Sanierung und Aufstockung nicht ausreichen? Das ist für mich als Laie nicht ganz verständlich, oder ich bin mir nicht sicher, ob das dann mit den 90 Mio. tatsächlich so ist, wenn man schon bei diesen bleiben und nicht auch einen vierten Standort bedienen will.

Festgehalten werden muss auch, dass bei dieser Lösung Stand 2022 keine Provisorien vorgesehen waren, wenn ich es richtig verstanden habe, sondern der Schulbetrieb in einem Schulbau hätte gewährleistet werden können. Und, das ist nun der letzte Punkt, finde ich diese Antwort bezüglich Punkt 5, bezüglich Plan B, ist auch beinahe leicht nötigend, wenn man dem Einwohnerrat sagt, entweder du

stimmst unserer Planung zu, oder es gibt auf unabsehbarer Zeit nur noch Provisorien für die Primarschüler. So kann man doch nicht fair verfahren.

Formell ist es natürlich beantwortet. Es wird sicher noch Gesprächsbedarf aufwerfen.

René Amstutz, Präsident: Gut, besten Dank, jetzt wäre die allgemeine Diskussion offen. Haltet euch kurz, und bitte die Antworten des Gemeinderats auch kurz!

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Prima. Das Wort hat Pascale Uccella.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Ich platze beinahe, ich versuche, sehr anständig zu bleiben und ein- und auszuatmen, quasi nicht wirklich umzufallen. Also, die Schulraumplanung. Die Schulraumplanung haben wir seit 2018, läuft schon seit 2018. Wir hatten damals im 2018, 2019 riesige Diskussionen, lieber Franz Vogt, genau wegen dieser Dinge mit den vier Schulstandorten. Du hast da schon darauf bestanden, dass man immer drei Schulstandorte machen soll, weil ... – doch, es ging immer ums Geld. Wenn ich dies nun eben diskutieren muss, ich habe mir schnell eine Milchbüchli Rechnung erstellt, aber 90 Mio.? Leider ist mir Corona dazwischengekommen. Denn ich hatte euch eingeladen, den Schulrat wie den ganzen Gemeinderat inkl. von der Verwaltung, dass man das Schulhaus in Pfeffingen anschauen geht. Leider musste es abgesagt werden, weil Corona dazwischenkam. Anschliessend war ich nicht mehr Schulratspräsidentin, also konnte ich das leider nicht mehr tun. Diese haben ein Schulhaus gebaut, das hatte ich damals schon gesagt, das könnte man vielleicht mal anschauen gehen. Und das sind dann andere Kosten. Von diesem Schulhaus, in dem wir hier sitzen, möchte ich gar nicht sprechen. Denn, wenn man das Ganze betrachtet, könnte am Bettenacker ganz klar für 33 Mio. ein gutes Schulhaus bauen, mit zwei Turnhallen. Ich muss einfach sagen, 90 Mio. oder irgendwelche Zahlen hier einfach einzubringen, damit bin ich nicht einverstanden.

Man hat bei dieser Schulraumplanung immer diskutiert, was dieses Schulhaus hier, Gartenhof, auf Deutsch gesagt bei der Bevölkerung als Getto abgestempelt wird. Denn es hat zu viele Kinder in diesem kleinen Raum. Wenn ich sagen muss, wenn ich auch den Eltern zuhöre, dieser tolle – wie sagt man dem, man kann nicht einmal Pausenhof sagen – es ist eher ein Stelldichein für viele Kinder, denn spielen können sie nicht. Nun habe ich heute Abend noch ein schönes Plänlein gesehen – also ich hatte beinahe Schreikrämpfe, dass man gottverdammte einen Plan machen muss, welche Kinder auf eine Rutschbahn gehen dürfen. Soweit sind wir schon, denn dieses Schulhaus ist zu gross, mit zu wenig Raum ringsum. Man muss auch bedenken, früher hatten wir Schulraum für 1. bis 5. Primar. Das ist schon ein wenig ein Unterschied, wenn man nun 1. bis 6. Primar hat, das vergisst man einfach ein wenig. Denn Sechstklässler sind pubertierende Kinder und müssen mit Erstklässler zusammen sein. Das ist schwierig. So viele Kinder auf einem Raum! Ich bitte wirklich, geht mal schauen, wie es auf einem Pausenplatz aussieht. Da gibt es Ärger, da gibt es Streit, mit so viel Personen sind alle überfordert. Und wir hier diskutieren dann, man will immer sehr mehr, sagen wir die Binningerstrasse, man will dort noch irgendwelche Wohnhäuser bauen und hier noch irgendwelche Leute hinzubringen. Das sind natürlich alles gute Zahler für unsere Gemeinde Allschwil, aber die ganze Infrastruktur in Allschwil stimmt einfach nicht, sorry. Es tut mir langsam leid. Wir können doch nicht immer nur Geld verdienen, von Leuten, die hierhin ziehen, haben aber die Infrastruktur nicht. Noch ein solches Schulhaus, muss ich ehrlich sagen, wenn ich auf die Strasse gehe, mit Plakaten, einen solchen Mist müssen wir hier nicht tun, es tut mir leid. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, Miriam Schaub hat das Wort.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich bin schockiert, bin echt schockiert. Ich habe euch im Fall echt eine Chance gegeben. Ich dachte, ihr meint es gut. Und nun merke ich, es geht euch nur ums Geld. Es ist das einzige Kriterium. Kein Wort darüber, was für die Schule gut ist, was ist Qualität, was wollen die Leute und was ist mit der Auswirkung auf das Quartier. Ich erinnere gerne an eine Spielplatzstrategie, bei der man nämlich diesen Platz auch noch benötigt fürs Quartier. Denn die Kinder können ja nirgends als auf der Strasse spielen. Habt ihr das eigentlich vergessen? Dann: Ich hatte mal einen Vorstoss wegen der Provisorien gemacht. Wir wissen, z. B. in Reinach hatten wir Provisorien gehabt, die gestunken haben. Das wollen wir hier nicht. Wir wollen gute Provisorien. Jetzt höre ich, wir haben Provisorien im Rahmen der finanziellen Tragbarkeit. Nein, wir schicken unsere Kinder nicht in verseuchte Provisorien. Wenn, dann wollen wir gute Provisorien. Dass wir Provisorien benötigen, das ist jedem hier spätestens seit eurem Entscheid sonnenklar. Zudem frage ich mich, weshalb haben wir, weshalb habt ihr diese Extrarunde gemacht? Das leuchtet mir im Moment gerade nicht ein.

Noch etwas: Bei dieser Siedlungspolitik, die es in Allschwil gibt, ist es ja wohl einfach nur logisch, dass man dann auch noch Schulhäuser benötigt. Das ist ja logisch, dass dann auch noch Leute kommen, und die bekommen noch Kinder, und die müssen dann auch zudem in die Schule. (Und noch schlimmer, irgendwann werden sie noch alt, dann müssen sie ausserdem ins Altershaus.) Eigentlich müssen wir einfach sagen, dann können wir uns auch ganz viele Dinge hier nicht mehr leisten. Andere Dinge. Einfach alles, was ihr hier noch bauen wollt, diese Leute, die dann hier kommen, um zu wohnen, die müssen dann übrigens auch noch in die Schule. Ich kann mir das wirklich – ich, platze auch beinahe.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, das Wort hat Ueli Keller.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich könnte, als Experte, der ich wirklich bin bezüglich Schulbaus, könnte ich auf der Sachebene viele Dinge nun aufzeigen, die nicht stimmen. Sie stimmen einfach nicht. Was mich nun aber wirklich stört, ist die Verfahrensebene. Wir haben hier im Juni den Bericht der GPK gehört, die empfohlen hat, dass wir künftig in diesem Konflikt, den wir analysiert haben und immer noch besteht, nur einheitliche und einhellige Entscheide treffen. 37 von 37 anwesenden Einwohnerräte haben diesem Bericht zugestimmt. Mehr geht nicht. Der Gemeinderat hat sich nicht an diese Empfehlung gehalten. Ich bin sehr enttäuscht. Ich bin enttäuscht, weil eine solche Verlässlichkeit, eine solche Gleichgültigkeit stinkt mir. Aber vor allem bin ich enttäuscht, weil ich weiss, das gibt so nichts. Das gibt nichts. Geschlossen.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Gut, Noemi Feitsma hat das Wort.

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Franz. Ich habe eine Frage zu deiner Antwort Punkt 5. Du hast gesagt, wir können uns in Allschwil schlichtweg nicht mehr als drei Schulstandorte leisten. Ich muss nicht weit gehen und schaue z. B. über die Grenze nach Binningen. Dort gibt es einen tieferen Steuersatz, und die haben fünf Primarschulstandorte. Wie ist das möglich, was machen wir in Allschwil falsch, dass wir es uns nicht leisten können?

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Ich frage Franz Vogt, ob er sogleich darauf antworten möchte.

Franz Vogt, Gemeinderat: Sehr gerne, wird halt gewisse Zeit beanspruchen, bis ich da meine ganze Liste, die über eineinhalb Seiten geht, abgearbeitet habe. Es beginnt damit, was ist wichtiger, 90 Mio. oder die Schüler. Selbstverständlich ist immer der Schüler das höchste Gut. Das ist doch klar. Es ist eben wie zu Hause, kann man sich etwas leisten, ja oder nein. Kauft man es oder kauft man es nicht? Das kennt ihr alle aus dem täglichen Leben. Wenn es sich halt nicht leisten kann, kann man es sich nicht leisten. Es ist natürlich selbstverständlich oder wir hätten wirklich einen schlechten Job gemacht, wenn die 90 Mio. einfach aus dem Finger gesaugt werden und einfach politisch werden. Nein, politisch festgelegt worden wären. Man hat eine Tragbarkeitsstudie durchgeführt und geschaut, was wäre langfristig tragbar. Hier gab es auch zwei Szenarien. Es gab ein optimistisches und ein pessimistisches Szenario, was beides auf die Steuererträge den Unterschied ausmachte. Die anderen Sachen hat man gleich belassen. Ja, wenn ihr eine Glaskugel habt, dann ginge es vielleicht etwas einfacher. Fakt ist, dass man gesehen hat, was über 90 Mio. kostet, könnte kritisch werden, dass man es wieder zurückzahlen kann. Man darf nicht vergessen, Geld aufnehmen generiert auch Kosten. Je höher die Kosten sind, je mehr man investiert, umso höher sind die Abschreibungskosten, welche jedes Jahr in die Rechnung müssen. Das ist nicht einfach ein rein theoretischer Wert. Ihr dürft nicht vergessen, in 30, 33 Jahren wird der Bedarf wieder vorhanden sein, wird man das Haus total sanieren, und dann müssen diese Mittel wieder verfügbar sein. Der zweite Punkt ist nun mal, je höher die Verschuldung ist, umso schneller hat man hohe Beträge, die einfach jährlich in die Zinsen gehen. Es sind schnell einmal 2, 3 Mio., die man einfach an Zinsen bezahlt, und dafür hat man null Mehrwert. 2, 3 Mio., was man damit tun könnte pro Jahr, das wissen alle selbst. Es ist einfach wichtig, dass man Mass hält. Die Berechnungen der Fachexperten haben es so ergeben. Man hat dazu auch eine renommierte Firma angefragt, das ist die PwC, welche uns das Gutachten so erstellt hatte. Es ist also alles andere als aus dem Finger gesogen.

Der nächste Punkt ist – ja, ich gehe nun einfach nach meiner Liste, wir kommen immer wieder zum Geld zurück, aber ich gehe nach meiner Liste, damit ich nichts vergesse, wäre doch schade. Die Gründe, weshalb der Schulrat und die Schulleitung nicht zustimmen, ich glaube, die müssen nun wirklich nicht den Gemeinderat fragen, sondern Schulrat und Schulleitung. Fakt ist, man hat den Entscheid an den Gemeinderat delegiert. Und der Gemeinderat hat dann halt entschieden. Dass vier Standorte teurer sind als drei, ist eigentlich relativ einfach zu erklären, du musst alles ... – also das leuchtet jedem Baufachmann ein. Und, genau, es ist einfach so, dass vier Standorte mehr kosten.

Auch diese Zahlen für die Kosten sind nicht aus den Fingern gesogen, sondern dafür haben wir eine professionelle Kostenplanerin, die es zusammen mit unserer Bauabteilung wirklich seriös durchgeführt hat. Diese Frau macht nichts anderes, als Kosten zu planen, die Firma ist mir nun gerade nicht geläufig, aber, es sind renommierte Firmen. Sie haben die Kosten wirklich seriös geschätzt. Ich muss dazu sagen, es hat aber keine Rolle gespielt, ob nun das Schulhaus am Bettenacker steht oder ob es an einem anderen Standort steht. Es kam einfach darauf an, ein 18er-Schulhaus, was unsere Strategie ergeben hat, kostet soundsoviel. Es würde aber gleich viel kosten, wenn man es an einem anderen Ort hat. Es ist natürlich klar, beim Neualschwiler hat man auch noch die Sanierungsaufwände. Ich muss vielleicht noch besser mit der Musikschule erklären, bei diesem wurden drei Varianten gerechnet und dann immer wieder auf die verschiedenen Varianten aufgeteilt. Es gibt im Prinzip der Punkt, die Baslerstrasse 255 zu sanieren. Dort hängt ein Preisschild. Es gibt einen frei stehenden Neubau. Dort hängt ein Preisschild. Und es gibt ein Kombigebäude zusammen mit Primarschule, und da hängt ein Preisschild. Ob nun das Kombigebäude in Neualschwil oder im Bettenacker steht, oder wo auch immer, es ist immer derselbe Preis. Es ist auf keinen Fall so, dass man etwas mischen wollte, wie ich das nun hier ein wenig heraushöre, weil man das Bettenacker unbedingt nicht wollte, nein, das war natürlich nicht der Fall. Ihr habt es gehört, man ist wirklich systematisch vorgegangen und hat zuerst die strategischen Eckpunkte festgelegt, die man mit diesen Schulbauten erreichen will.

Es ist auch nicht so, dass jetzt 75 % Finanzen sind, wie ihr vermutet, weil halt ich jetzt der Steueraussschusspräsident bin, der Finanzmann ist, natürlich nur hier im Gemeinderat, von Beruf bin ich auch etwas anderes. Ich habe den Ruf, dass man aufs Geld schaut. Aber ich glaube, ich habe nicht den Ruf, Totsparer zu sein. Mein Ruf ist schon so, wenn es nicht benötigt wird, tun wir es nicht, aber Billigsparen, zu Tode sparen, also da könnt ihr überall fragen, das ist nicht mein Ding. Es hat mal einer gesagt, irgendwie bezahlt man es immer, auch wenn man spart. Aber demnach ist es halt so, dass man mehr ausgeben kann oder weniger. Dieser Range bleibt halt da.

Ehm, vierter Standort – was habe ich hier? Ich nehme an, dieses Schulhaus hier wurde genannt. Ob es nun so schlecht ist? Oder du hast, glaube ich, gesagt, das ist riesig – ja, aber wir benötigen noch mehr. Das ist einfach das Verrückte, schon dieses hier hat bereits 70 Mio. gekostet, ich meine 60 Mio. Baukosten plus noch eine schöne Anzahl Mio. der Sportplatz. Und eben, es hat sich ergeben, die Kosten 90 Mio. für den 3er-Standort und 110 Mio. für den 4er-Standort. 20 Mio. sind aus meiner Sicht und aus Sicht des Gemeinderats halt kein Pappenstiel, den man einfach rauswerfen kann. Wir sind wirklich nicht in der Lage, Geld zu haben, das man rauswerfen kann. Es ist schön, hat man Binningen erwähnt. Ich möchte vielleicht noch einmal erwähnen, die haben einen Steuerfuss von 46 oder 48 %. Wir haben seit den 90er-Jahren einen von 58 %. Wir sind die zweitteuersten im ganzen Kanton. Als ich neu Gemeinderat wurde und die Finanzen übernommen habe, war das – wie? nein, im Bezirk. Habe ich Kanton gesagt? Nein, falsch, falsch, im Bezirk, im Bezirk, das war falsch, Entschuldigung für diesen Versprecher. Im Bezirk natürlich! – Als ich neu Finanzminister wurde, war der meistgehörte Spruch, mir auf die Schulter klopfend: Nicht wahr, du reduzierst dann die Steuern. Meine Antwort war dannzumal schon und ist heute noch so: Ich bin froh, wenn ich sie erhöhen muss, denn es ist einfach so, dass eine Gemeinde kostet. Ich habe es hier an dieser Stelle schon x-mal gesagt, nur das, was die natürlichen Personen an Kosten verursachen, würde nicht bezahlt. Wir sind eine der ganz wenigen Gemeinden, die eine hohe Steuereinnahme von den juristischen Personen haben. Die natürlichen Personen bezahlen nicht, was sie kosten. Ich muss es an dieser Stelle einfach ganz deutlich sagen. Es ist auch nicht so, dass wir auf Teufel komm raus Leute anziehen möchten. Es ist aber nun mal so, dass die Region Basel die am zweitmeisten wachsende Raum in der Schweiz und ist ein sehr attraktiver Raum. Das ist nun mal so, dass dieser Druck vorhanden ist. Aber er ist sicher nicht durch den Gemeinderat verursacht.

René Amstutz, Präsident: Gemeinderat Franz Vogt, darf ich dich bitten, dich kurz zu halten. Es ist schon ziemlich spät.

Franz Vogt, Gemeinderat: Also gut, ich bin vielleicht ein wenig abgeschweift, gebe ich zu. Ich versuche, die Liste durchzugehen.
[Protestierende Stimmen im Hintergrund]

René Amstutz, Präsident: Andreas Bärtsch, möchte einen Antrag stellen, habe ich das Gefühl.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Werter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ich glaube, das Wesentliche in dieser Sache ist gesagt. Ich stelle den Antrag auf Abbruch dieser Diskussion. Danke.

Franz Vogt, Gemeinderat: Alles klar, okay. Besten Dank.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank. Dann stimmen wir über diesen Antrag ab.

Franz Vogt, Gemeinderat: ... Ich möchte einfach sagen ...

René Amstutz, Präsident: ... Wir stimmen über den Antrag ab und dann ist es erledigt. Wer die Rednerliste abrechnen will, soll das jetzt mit Karte bestätigen. Ähm, abschliessen, sorry!

René Amstutz, Präsident: Wer stimmt dagegen? Enthaltungen? [*Diskussion(en) im Hintergrund*]

://:

Der Antrag von Andreas Bärtsch ist mit 28 Ja-Stimmen angenommen, gegen 8 Nein und 2 Enthaltungen.

Somit beenden wir die Rednerliste, die sich noch gemeldet haben und dann ist Schluss.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Genau, auf der Rednerliste sind noch zwei Personen, einmal Jean-Jacques Winter und Mehmet Can, und Nicole Nüssli hat sich vor der Abstimmung auch noch gemeldet. Nach dieser Reihenfolge würde ich nun gerne verfahren. Wobei ich Jean-Jacques Winter gleichzeitig auf seine signalisierte Bereitschaft behaften möchte, sich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit kurzzufassen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich mach' es so kurz wie möglich. Heute Abend ist nun das Argument Geld gefallen. Als wir dieses Haus beschlossen haben, hatten wir zwei Waagschalen: die Finanzen und die Anzahl Kinder. Im Lettenweg in der Aula. Es wurde gesagt, die optimale Zahl Kind, Geld, seien 600 Personen, die Grundlage, um dieses Schulhaus hier zu bauen. Das steht ganz klar im Protokoll. Man hat gesagt, mit 600 Kindern kann man das Finanzielle optimal ausnutzen. Es geht um Geld. Ich hatte heute das Glück, Herrn Herrmann anzutreffen, Kantonspolizist, den jedes Kind kennt. Er war hier im Gebiet mit Kindern unterwegs. Hat ihnen gezeigt, wie das Rotlicht geht, hat ihnen gezeigt, wie man als Fussgänger über die Strasse geht, wenn es keinen Fussgängerstreifen hat. Ich habe geschmunzelt. Wir haben uns zugewinkt. Ich denke, einfach genau das ist es, was wir benötigen. Schulweg, Quartierschulhaus, ein Schulhaus mit Kindern ab fünf, sechs, gehört in ein Quartier. Kurze Schulwege, sichere Schulwege, überschaubare Schulwege. Das beruhigt auch die Eltern. Eltern wie Kinder. Es entstehen Kontakte im Quartier, man lernt jemanden viel besser kennen, als wenn jemand vom Weiherhof und andere vom Baselmattweg in ein Schulhaus gehen müssten. Deshalb denke ich einfach, wir reden wirklich falsch. Wir sprechen hier über Finanzen, und wir sprechen nicht über Sicherheit, nicht über die Kinder, nicht über das Wohlergehen der Familie. Und übrigens: wenn das Bettenacker käme, hat es bereits ein Vorteil, die Heizung steht dort schon. Als der Gemeinderat ausgesprochen hat, das Papier, dass sie drei Standorte haben, hat mich die Tageszeitung angerufen, sie möchten mit einem schulerfahrenen Menschen reden können. Ich habe ein Interview gegeben. Ein paar Tage später habe ich Martin Münch gelesen. Er hat genau dasselbe wie ich geschrieben. Wir haben nichts abgesprochen. Ich habe Martin zurückgeschrieben, wow, wir sind wirklich als alter Fuchs und als verantwortlicher Fuchs in dieser Schule gleicher Meinung. Meine Damen und Herren, es geht nicht um Geld, alles andere ist wichtiger. Danke schön.

Stephan Wolf, 1. Vizepräsident: Danke vielmals. Dann hat Mehmet Can das Wort. Aber zuvor möchte ich Franz Vogt zur Vermeidung eines physikalischen Überschlags bitten, das Mikrofon abzuschalten.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Franz. Ich mag dich sehr. Ich habe versucht, dir lange zuzuhören. Viel gesprochen, nichts gesagt. Man hat das Ganze so lang hinausgezogen, bis man eigentlich nicht auf einen grünen Nenner kam. Es ist unter aller Sau, was heute Abend abgegangen ist. Man hat, lieber Franz, nein wirklich, Lucca hat dich etwas gefragt [*Einwände im Hintergrund*] nein, Entschuldigung, nein, nein, nein, bitte, ich bin noch nicht fertig, ich bin noch nicht fertig [*Einwände im Hintergrund*] ...

René Amstutz, Präsident: Bitte ein klares Votum, damit wir abschliessen können!

Mehmet Can, SP-Fraktion: Danke schön. Danke. [*Einwände im Hintergrund*] Bitte zuhören und dann kommen wir auf den Punkt, ja? Ich versuche auch, ruhig zu sein, aber Lucca hat dich gefragt ... [*Einwände im Hintergrund*] Darf ich weitermachen?

René Amstutz, Präsident: Du darfst deine Punkte sagen, Franz Vogt ist einfach nicht da. Also, mach es kurz und dann ist Schluss.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Okay. Lucca hat beim ersten Punkt gefragt, was wichtiger ist, 20 Mio. oder Kinder. Er hat gesagt, natürlich Kinder. Aber andererseits in denselben Satz sagt er, dass er, im Fall von Investitionen keinen Mehrwert sieht. Billig oder billiges Wesen ist für mich der grösste Mehrwert. Das hat man hier klar nicht gesagt. Er hat soviel gesagt, es wurden Zahlen umhergeworfen, die ich eigentlich nicht verstanden habe, um was geht es genau. Meine Frage ist: Hat man das Geld oder nicht? Das ist eine ganz einfache Frage. So, und dann muss man sich fragen, auf wie viele Jahre kann man das investieren, bzw. auf wie viele Jahre könnte man das, die Nachfrage ist ja da, aus dem Rat aus der Bevölkerung. So schwierig ist diese Frage nicht. That's it. Danke schön.

René Amstutz, Präsident: Besten Dank, dann gebe ich das Wort an den Gemeinderat, Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Für mich sind bei dieser Diskussion jetzt einfach noch drei Punkte ganz wichtig. Diese möchte ich ganz kurz oder so kurz wie möglich euch noch einmal mit auf den Weg geben. Es kam von dir, Lucca, den Vorwurf, dass die 90 Mio. ein politischer Entscheid seien. Wir hätten einfach Finger in die Luft gestreckt und gesagt, 90 Mio. Das haben wir nicht! Franz hat es deutsch und deutlich gesagt, eine Kostenplanerin hat das angeschaut. Sie hat angeschaut, wie viel kostet es, diesen Schulraum zu bauen, den wir in diesem Sinne festgestellt haben, nämlich an diesen drei Standorten, sprich das Neuallschwil-Schulhaus auszubauen. Eine Kostenplanerin hat es angeschaut. Es gibt eine Firma, die dahintersteht, die hat es verifiziert, zusammen mit unseren Fachleuten, die wir auf der Verwaltung haben, mit Jürgen Johner. Es handelt sich also nicht um einen politischen Entscheid, sondern das sind Fachleute, die es uns vorgegeben haben.

Die nächste Frage, die du in den Raum gestellt hast, warum die anderen Player nicht zugestimmt hätten. Da möchte ich euch allen noch einmal mit auf den Weg geben. Weder der Schulrat noch die Schulleitung hat zu dieser Frage abgestimmt. Nein, sie haben gesagt, diese Frage soll der Gemeinderat final entscheiden. Der Gemeinderat soll entscheiden, ob 3er-Standort oder 4er-Standort. Sie haben nicht entschieden. Deshalb können wir auch keine Antwort geben, was ihre Meinung dazu ist.

Zu dir, Miriam Schaub, weshalb hätten wir diese Extrarunde gemacht, du könntest dir das nicht vorstellen, resp. du verstündest es nicht. Nun nehme ich noch einmal hervor, was Franz auch schon erwähnt hat. Wir haben im Zwischenbericht oder im Bericht von Frau Lenggenhager am Schluss eine Variante gewählt, die 149 Mio. gekostet hätte. 149 Mio. +/- 30 %. Das haben wir in diesem Bericht, ich habe es hier vor mir im Bericht, so festgehalten. Die Finanzierung, das wurde da schon von unseren Finanzexperten, er sitzt hier hinten, gesagt, dass das nicht möglich ist. Das gesamte Investitionsvolumen wird durch die Bereichsleitung Finanzen als nicht tragbar, weil zu hoch taxiert. Man soll es noch einmal prüfen. Genau deshalb u.a. mussten wir noch einmal eine Runde. Ich glaube, damit ist diese Frage von dir, weshalb wir diese Extrarunde gemacht haben, beantwortet. Genau deshalb, weil wir dort gesehen haben, so ist es nicht finanzierbar, schon gar nicht oder überhaupt nicht finanzierbar.

Das wären meine drei Punkte, von denen ich denke, die sind noch wichtig, und die können wir alle nun nach Hause nehmen und uns dazu Gedanken machen, was der Gemeinderat für eine schwere Aufgabe hat, bei dieser Thematik. Denn uns sind die Kinder wirklich wichtig. Auch wenn man das aus dem Votum von Franz nicht genommen hat. Aber sie sind uns wichtig und es ist uns unsere Gemeinde wichtig, uns ist die Nachhaltigkeit wichtig. Uns ist wichtig, dass es den Älteren gut geht, uns ist wichtig, dass wir eine Kultur haben. Wir hatten gerade heute wieder ein Thema, bei dem wir gerne noch einmal Geld in die Hand nehmen möchten für andere Dinge, nebst der Schule. Nebst der Schule. Also, wir haben nicht nur die Schule als Ausgabepunkt oder als Punkt, für den wir Geld in die Hand nehmen dürfen. Wir haben auch noch andere Dinge. Eben, Kultur unter anderem. Wenn wir bei der Schule so viel ausgeben, dass wir daneben gar nichts mehr tun können, dann sind wir alle hier auch nicht glücklich. Deshalb bitte ich euch nun, diese Gedanken mit auf den Weg zu nehmen. Wir werden in der November-Sitzung, hat er, glaube ich, gesagt, euch die Gesamtstrategie präsentieren. Dann können wir uns noch einmal darüber unterhalten. Vielen Dank.

René Amstutz, Präsident: Vielen Dank für diese Antwort. Und wenn man es richtig macht, hätte jetzt der Interpellant noch das Schlusswort, wenn er es ergreifen möchte. Er darf auch verzichten.

Besten Dank. Somit ist die dringliche Interpellation, fürs Protokoll Geschäft 4687, beantwortet und erledigt.

Besten Dank, merci vielmals für die Geduld. Bis zum nächsten Mal!

ENDE DER SITZUNG 21.40